

Perspektiven Integration

ZUM THEMA

Parallelgesellschaften Segregation und desintegrative Milieus

IM GESPRÄCH MIT KÖKSAL BALTACI

Elham Manea

Ruud Koopmans

David Engels

Boualem Sansal

Gunnar Heinsohn

Necla Kelek

Magnus Norell

Rudolf Bretschneider und Esther Pauli

Inhalt

VORWORT

Franz Wolf 05

IM GESPRÄCH

Elham Manea 06

Ruud Koopmans 12

David Engels 18

Boualem Sansal 26

Gunnar Heinsohn 32

Necla Kelek 40

Magnus Norell 44

Rudolf Bretschneider und Esther Pauli 48



Franz Wolf

Geschäftsführer

Vorwort

Der Begriff der Parallelgesellschaften wird in der Integrationsdebatte häufig verwendet. Vielfach ist er dem Vorwurf der Beliebigkeit ausgesetzt, existieren im Alltagsleben doch zahlreiche Teilgesellschaften ohne Überschneidungen nebeneinander. Doch gerade im Hinblick auf die Integration von Zuwander/innen und Flüchtlingen dürfen Phänomene der Segregation und der Bildung von desintegrativen Milieus nicht leichtfertig behandelt werden. Es gilt die Frage zu beantworten, wann Parallelgesellschaften ein funktionierendes Zusammenleben in Frieden und Freiheit verhindern oder gar zu Gegengesellschaften werden.

Gerade in Großstädten wie Wien sind in einzelnen Bezirken und Stadtvierteln bereits Tendenzen zu Segregation vorhanden. Patriarchale Strukturen, fehlende Sprachkenntnisse, mangelnde Arbeitsmarktintegration, ethnische bzw. religiöse Abschottung und daraus resultierend die völlige Abkapselung einzelner Bevölkerungsgruppen sind die Folgen solcher fälschlicherweise tolerierten Gegengesellschaften. Gegenentwürfen zu einer solidarischen Gemeinschaft in Österreich gilt es mit sachlicher und offener Diskussion über Herausforderungen des Zusammenlebens, zielgerichteten Integrationsmaßnahmen sowie klarer Kommunikation von Rechten und Pflichten entgegenzutreten. Das wohlfahrtsstaatliche österreichische Modell ist auf den solidarischen Zusammenhalt aller Bürger ausgerichtet. Nur durch die Anstrengungen des Einzelnen kann dieses Modell auch in Zukunft weiter bestehen. Integration verlangt gemeinsame Sprache, Bildung, den Einstieg in die Erwerbstätigkeit und die Wertschätzung für ein Lebensmodell, das auch auf die Freiheit des Einzelnen ausgerichtet ist. Österreichs Integrationsverständnis zielt auf einen Grundkonsens im gemeinsamen Zusammenleben ab. Das Modell des Nebeneinanders soll nicht die Normalität der Zukunft werden.

Elham Manea



Elham Manea spricht bei Parallelgesellschaften von geschlossenen Gesellschaften. Bei diesen handelt es sich um religiöse oder ethnisch basierte Gruppen mit kollektiven Einstellungen, die sich bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen. Sie warnt davor, dass die Ausbreitung von geschlossenen Gesellschaften die soziale Kohäsion und somit das Fundament von demokratisch freiheitlichen Rechtsstaaten gefährdet.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Ich spreche eher von „geschlossenen Gesellschaften“, das unterscheidet sie beispielsweise von den englischsprachigen „Expatriate Communities“. Geschlossene Gesellschaften weisen meist patriarchalische Machtstrukturen auf, es herrscht eine starke soziale Kontrolle und diejenigen, die sich der selbst auferlegten Ordnung nicht fügen, werden eingeschüchtert oder diszipliniert. Bei geschlossenen Gesellschaften handelt es sich um religiös oder ethnisch basierte Gruppen mit kollektiven Einstellungen, die sich kulturell oder sozial bewusst sowie möglicherweise räumlich von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen. Sie haben rigide Gruppenidentitäten, orientieren sich an anderen Normen und haben oft ein paralleles Rechtssystem eingeführt. Dabei müssen zwei Fälle unterschieden werden: Erstens de jure, das heißt ein staatlich tolerierter oder geförderter Rechtspluralismus, in dem die unterschiedliche rechtliche Stellung bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen als besonders und anders kennzeichnet, beispielsweise religiöse Minderheiten in islamischen Staaten, die Ureinwohner auf dem nordamerikanischen Kontinent oder gewisse Einwanderergesellschaften in Großbritannien. Und zweitens de facto, wenn sich eine Gruppierung durch andere formale oder informelle Verhaltensregeln und Wertvorstellungen von der Mehrheitsgesellschaft abwendet.

„Geschlossene Gesellschaften weisen meist patriarchalische Machtstrukturen auf, es herrscht eine starke soziale Kontrolle und diejenigen, die sich der selbst auferlegten Ordnung nicht fügen, werden eingeschüchtert oder diszipliniert.“

Wo liegen die Probleme bzw. Gefahren von Parallelgesellschaften?

Die Ausbreitung von geschlossenen Gesellschaften gefährdet – im Verbund mit anderen Entwicklungen – die soziale Kohäsion, welche das eigentliche Fundament von demokratisch-freiheitlichen Rechts- und Wohlfahrtsstaaten bildet. Zugleich sind in geschlossenen Gesellschaften ihre schwächsten Mitglieder, zumeist Kinder und Frauen, am wenigsten vor Willkür und Misshandlungen geschützt.

Welchen Zusammenhang kann es zwischen Parallelgesellschaften und Radikalisierung geben? Oder anders gefragt: Begünstigen Parallelgesellschaften Radikalisierungen?

Im Allgemeinen ist es wohl eher umgekehrt: Radikalisierung fördert die Herausbildung von Parallelgesellschaften. Demgegenüber müssen geschlossene Gesellschaften nicht zwangsläufig zu einer Radikalisierung führen, wie sie heute thematisiert wird – also einer nach außen gerichteten Aggression. Charakteristisch sind aber die orthodoxen Verhaltensmuster im Inneren, die soziale Probleme verursachen oder verschärfen, vor allem in Bezug auf die Geschlechterfrage. Die islamistisch-motivierte Radikalisierung scheint ein beunruhigender Spezialfall zu sein. Denn geschlossene muslimische Gemein-

*„Aber multikulturelle
Gesellschaften mit geschlossenen
Parallelstrukturen führen
zu Segregation, Misstrauen
und großen Spannungen und
unterminieren den sozialen
Zusammenhalt.“*

schaften weisen heute höhere Radikalisierungsraten auf. So zeigt eine kürzlich veröffentlichte britische Studie, dass die Mehrzahl der englischen IS-Kämpfer ghettoaähnlichen Vierteln entstammt. Dort können die islamistischen Prediger relativ ungestört ihre Ideologie und ihre Hassbotschaften verbreiten.

*Welche Irrtümer bzw. Missverständnisse gibt es
rund um Parallelgesellschaften?*

Dass sie einfach eine kulturelle Bereicherung, aber völlig harmlos sind.

*Können Parallelgesellschaften in einer
multikulturellen Gesellschaft auch Vorteile haben?*

Ich kann a priori keine erkennen. Diversität bzw. multikulturelle Mitglieder, die sich der Gesellschaft zugehörig fühlen und entsprechend verhalten, können ein Gewinn sein. Aber multikulturelle Gesellschaften mit geschlossenen Parallelstrukturen führen zu Segregation, Misstrauen und großen Spannungen und unterminieren den sozialen Zusammenhalt.

*Wie sehr darf bzw. soll sich die Regierung
grundsätzlich in Gesellschaften einmischen, etwa
bei Pflichten für frisch Zugewanderte?*

Letzthin habe ich ein Zeitungsinterview mit einem älteren Herrn gelesen, der in den 50er-Jahren im Zuge der Ereignisse in seiner Heimat Ungarn in die Schweiz emigriert ist. Für ihn, wie im Übrigen auch für die hiesige Bevölkerung, war es absolut klar und selbstverständlich, dass er sich hier schnellstmöglich integriert, obwohl es etliche Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden galt. Ich bin auch zugewandert und muss konstatieren, dass diese Selbstverständlichkeit heute bei einem Teil der Immigranten fehlt bzw. abhandengekommen ist. Darum soll der Staat die Integration aktiv einfordern, wenn es notwendig ist. In Kürze tritt in der Schweiz das vom Parlament revidierte Ausländergesetz in Kraft, auf dessen Basis die Kantone die Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung mit dem Abschluss einer Integrationsvereinbarung verbinden können, die sich an vier gesetzlich festgehaltenen Kriterien orientiert: der Beachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Respektierung der Werte der Verfassung, der Sprachkompetenzen und der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung.

*Wie kommt es, dass amerikanische Großstädte
stolz sind auf ihre Parallelgesellschaften, die
sich „China Town“ oder „Little Italy“ nennen, und
damit sogar werben? In Europa hingegen eine
ganz andere Skepsis herrscht? Liegt es an den
Communities in Europa? Liegt es am Islam?*

In den USA ist das Bild uneinheitlich: „Little Italy“ ist bei Touristen beliebt, weil es sich doch tatsächlich um eine räumliche Konzentration von geschäftstüchtigen italienischstämmigen Familien, aber eindeutig kein Ghetto handelt. Im Fall von „China Town“ waren wiederholt auch problematische Aspekte ein Thema, Stichwort „Sweat Shops“. Mit den somalischen Ghettos in verschiedenen Städten oder der Satmarer-Gemeinde im Stadtteil Williamsburg in Brooklyn wird aber auch in den USA nicht geworben. In Europa ist ein Teil der Skepsis auf Versäumnisse der Mehrheitsgesellschaft zurückzuführen, doch auch hier gibt es kontextspezifische Unterschiede: Gastarbeiter wurden auf Zeit geholt und deren Integration wurde vernachlässigt. In anderen Fällen ist Klassendenken, Rassismus oder zumindest Gleichgültigkeit ein ernsthaftes Problem – allerdings findet eine noch unveröffentlichte Studie des Pariser „Centre national de la recherche scientifique“ keinen kausalen Zusammenhang zwischen Diskriminierung, Chancengleichheit und Rassismus auf der einen Seite und der Identifizierung mit religiös-konservativen Weltbildern auf der anderen Seite. Im Rahmen meiner Forschung in Großbritannien konnte ich hingegen auch zeigen, dass der fundamentalistische Islam zu einer Segregation der muslimischen Gemeinden von der britischen Gesellschaft geführt hat.

*Wie entstehen Parallelgesellschaften eigentlich?
Welche soziologischen Faktoren spielen dabei
eine Rolle?*

Ich kenne vor allem die Situation in Großbritannien. Dort haben folgende Faktoren eine maßgebliche Rolle gespielt: Zum einen wurden zu viele staatliche Aufgaben an Nichtregierungsorganisationen abgegeben und damit wurde die Kontrolle darüber verloren. Zum anderen führten eine falsch verstandene Toleranz und eine Politik des Multikulturalismus zu weitreichenden Zugeständnissen in Bezug auf Gruppenrechte von Minderheiten. So haben islamistische Gruppen schon vor mehr als 40 Jahren Sonderrechte wie Halal-Essen, Verschleierung von Mädchen oder separate Gebetsräume für muslimische Schüler eingefordert und bekommen. Es ging einher mit einer wachsenden Zahl von Koranschulen an Moscheen, in denen ein fundamentalistischer Islam gepredigt wurde. Die Behörden reagierten damals so hilflos wie heute. Sie hatten nicht gelernt, zwischen islamischer Kultur und Religion und einer fundamentalistischen Islaminterpretation zu unterscheiden. Einige wollten sich wehren, trauten sich aber nicht. Sie fühlten sich alleingelassen von Vorgesetzten

und Politikern, die sich von Islamisten beraten ließen, wenn es um „Bedürfnisse von Muslimen“ ging. Heute sind die Kernforderungen des Fundamentalismus in einigen muslimischen Gemeinschaften in Großbritannien faktisch Alltag. Das geht so weit, dass jemand, der dagegen protestiert, dass eine Lehrerin oder Schülerin den Nikab trägt, als Feind des Islams angegriffen wird. Ganz allgemein ist es wichtig zu betonen, dass die in Westeuropa verbreitete Zurückhaltung, ja zuweilen Angst, die Integration und Respektierung hiesiger Werte, Normen und Konventionen einzufordern, das Entstehen geschlossener Gesellschaften begünstigt. Es gibt dann auch eine räumliche Komponente in Form von fehlender sozialer und ethnischer Durchmischung in städtischen Quartieren.

*„Die wirtschaftliche Integration
über die Beschäftigungsförderung
vor allem bei Jugendlichen ist
ein wesentlicher Faktor. Eine
Arbeitsstelle ermöglicht ein
selbstbestimmtes Leben in
Sicherheit und Würde und schafft
gesellschaftliche Anerkennung
und Perspektiven.“*

*Wie soll die Regierung bzw. die
Mehrheitsgesellschaft mit bestehenden
Parallelgesellschaften umgehen?*

Die wirtschaftliche Integration über die Beschäftigungsförderung vor allem bei Jugendlichen ist ein wesentlicher Faktor. Eine Arbeitsstelle ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit und Würde und schafft gesellschaftliche Anerkennung und Perspektiven. Hinzu kommt die erwähnte Durchmischung. Migranten und Flüchtlinge sollten bei ihrer Ankunft nicht konzentriert in urbanen Zentren wohnen, sondern möglichst räumlich verteilt untergebracht werden. Bezogen auf religiös-basierte geschlossene Gesellschaften sind folgende Punkte wesentlich: Minoritäten dürfen nicht auf ihre religiöse Identität reduziert werden. Die Migranten, die in den 1960er-Jahren nach Westeuropa gekommen sind, wurden nicht als Christen oder Katholiken bezeichnet, sondern nach ihrer Nationalität benannt. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum das nicht auch im Fall von Zugewanderten aus arabischen Staaten oder Afrika geschehen soll. In gleicher Weise gilt es, sie als Individuen wahrzunehmen und zu behandeln und nicht als Angehörige einer Gruppe – zum Beispiel Muslim. Wir müssen zudem daran festhalten, dass alle vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Denn Sonderrechte für religiöse Minderheiten schützen diese nicht. Genau solche Forderungen werden aber zunehmend gestellt, namentlich von offensichtlich oder versteckt islamistischen Kreisen. Es muss deshalb sehr genau hingeschaut werden, von wem und in welchem Kontext Minderheitenanliegen vorgebracht werden. Ob es sich um individuelle Anliegen und oder um Gruppenrechte handelt und ob sie mit den hiesigen Grundwerten, den Menschenrechten und der Geschlechtergleichheit vollständig im Einklang sind oder eben nicht. Kurz: Parallelgesellschaften müssen sich dem vorherrschenden europäischen Konsens über die Beziehung zwischen Staat, Gesellschaft und Religion anpassen. Die Mehrheitsgesellschaften müssen ihrerseits die Bereitschaft aufbringen, ihre Migranten und Minderheiten nach dem Gleichheitsprinzip zu behandeln. Es ist daher wesentlich, dass der Staat demokratisch organisiert ist und dass er seinen Bürgern und Bürgerinnen ihre Grundrechte garantiert. Das heißt unter anderem, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte akzeptiert wird und die Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau gesetzliche Basis sind. Dieser Konsens muss für die gesamte Bevölkerung verbindlich sein. Mit anderen Worten: Es geht hier nicht um neu ausgehandelte Konzepte von Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder Gleichstellung von Mann und Frau. Solche Grundrechte sind die Errungenschaften von Westeuropa, sie bilden die gesetzliche Basis, sie sind und dürfen nicht infrage gestellt werden. Es muss von Anfang an klar sein, dass sie die Spielregeln für das Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheit bilden. Demzufolge ist der Konsens über Säkularismus nicht verhandelbar.

„Radikalisierung fördert die Herausbildung von Parallelgesellschaften.“

Bei einem Widerspruch zwischen Menschenrechten und religiösen Anliegen haben die Menschenrechte stets Vorrang. Dabei ist ohne Belang, von welcher Religion wir sprechen.

Kann man Parallelgesellschaften rückgängig machen?

Es ist sehr schwierig, weil es bedeutet, soziokulturelle, wirtschaftliche und auch räumliche Strukturen zu ändern, und das lässt sich in einem Rechtsstaat nicht erzwingen. Umso wichtiger ist es, geschlossene Gesellschaften gar nicht erst entstehen zu lassen.

Welche historischen Beispiele für Parallelgesellschaften gibt es? Was kann man aus früheren Entwicklungen in diesem Bereich lernen und für aktuelle Migrationsbewegungen nutzen?

Das Konzept der Parallelgesellschaft wurde erstmals im Rahmen von Forschungen zum osmanischen Rechtspluralismus erwähnt. Im Osmanischen Reich herrschte auf der Basis des sogenannten Millet-Systems eine religiös definierte Rechtsordnung. In Großsyrien zum Beispiel waren anerkannte religiöse Minderheiten wie die Christen in relativ autonomen Körperschaften organisiert und mit verschiedenen Rechten ausgestattet. Sie unterstanden ihren jeweiligen religiösen Führern und konnten ihre Angelegenheiten selbst regeln, darunter zum Beispiel Heirat und Scheidung. Als Folge davon lebten die christlichen Syrer und andere Gruppen abgeschirmt in einer Parallelwelt, in der die religiöse Führung fast absolute Macht erlangte. Albert Hourani nannte sie „geschlossene Gemeinschaften“: „Each was a ‘world’, sufficient to its members and exacting their ultimate loyalty. The worlds touched but did not mingle with each other; each looked at the rest with suspicion, even hatred.“ Zu den Problemen, die sich auf die heutige Diskussion zu Parallelgesellschaften übertragen lassen, zählt der Umstand, dass das Wissen der Regierung über die Millet-Körperschaften und das, was dort vor sich ging, so gut wie inexistent war, das System eine privilegienbasierte Ordnung förderte und vor allem mit dem Nationalstaatsgedanken und dem Konzept des auf Gleichheit beruhenden Bürgertums absolut unvereinbar war.

Trauen Sie sich, eine Prognose in diesem Bereich zu stellen? Wie werden sich Parallelgesellschaften künftig entwickeln, welche denkbaren Szenarien bzw. Dystopien gibt es?

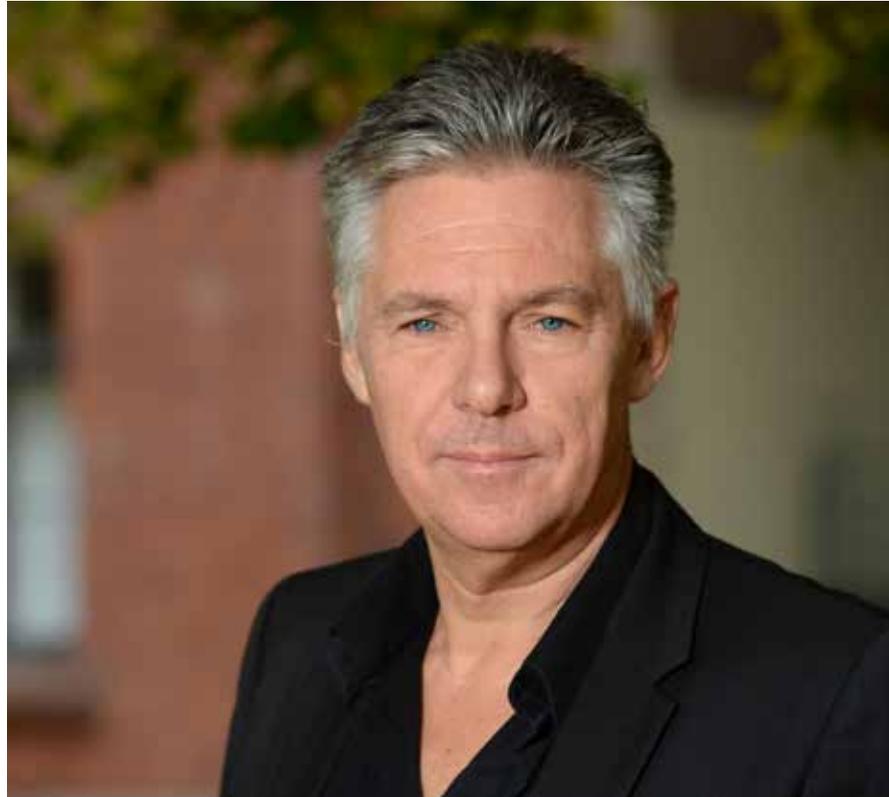
Geschlossene Gesellschaften sind die Konsequenz von bestimmten Entwicklungen. Ich bin zutiefst beunruhigt, wie sich das Krebsgeschwür des Islamismus weltweit verbreitet und schleichend auch in Europa festsetzt und dabei mangels einer ernsthaften politischen Reaktion dem Rechtspopulismus Auftrieb gibt.

„Zum anderen führten eine falsch verstandene Toleranz und eine Politik des Multikulturalismus zu weitreichenden Zugeständnissen in Bezug auf Gruppenrechte von Minderheiten.“

Elham Manea

ist eine schweizerisch-jemenitische Politologin. Sie gehört zu den gefragtesten Expertinnen zum islamischen Fundamentalismus. Für ihr Buch „Women and Sharia Law“, das 2016 veröffentlicht wurde, untersuchte sie vier Jahre lang die britischen Scharia-Räte und ihre Auswirkungen in den muslimischen Gemeinden Englands. Derzeit lehrt sie vor allem an der Universität Zürich und berät internationale Organisationen sowie Regierungen.

Ruud Koopmans



Ruud Koopmans zieht den Begriff der Segregation dem der Parallelgesellschaft vor. Als Segregation bezeichnet er, wenn Personen, die unterschiedlichen Gruppen angehören, in unterschiedlichen sozialen Welten verkehren. Er warnt davor, dass Segregation negative Effekte auf die Integration hat und Ressentiments verstärkt werden. Er hebt hervor, dass der wichtigste Schritt zur Bekämpfung von Segregation die Erkenntnis ist, dass Segregation schädlich ist.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Parallelgesellschaft ist ein politischer Begriff und wird in der Wissenschaft nicht benutzt. Wir ziehen die Bezeichnung Segregation vor. Das bedeutet – in Bezug auf soziale Beziehungen – mehr oder weniger das Gegenteil von Integration. Dass also Personen, die unterschiedlichen Gruppen angehören, in unterschiedlichen sozialen Welten verkehren. Im Sinne räumlicher Segregation bedeutet das, dass Leute mit und ohne Migrationshintergrund in unterschiedlichen Stadtvierteln leben. Segregation gibt es aber auch auf dem Arbeitsmarkt, wo Migranten in bestimmten Berufszweigen oder Bereichen der Wirtschaft überproportional vertreten sind.

Wo liegen die potenziellen Probleme bzw. Risiken von Parallelgesellschaften?

Die Probleme lassen sich grundsätzlich in drei Bereiche gliedern. Erstens: Die Segregation hat negative Effekte auf die Integration der Zuwanderer selbst. Wenn Migranten in segregierten sozialen Netzwerken verkehren, gibt es weniger Gelegenheiten, um beispielsweise die Sprache der Mehrheitsgesellschaft zu lernen und zu pflegen. Segregation begrenzt sich aber nicht nur auf die Sprache, sondern auch auf soziale Kontakte, was wiederum Folgen für den Arbeitsmarkt haben kann.

„Die Segregation hat negative Effekte auf die Integration der Zuwanderer selbst. Wenn Migranten in segregierten sozialen Netzwerken verkehren, gibt es weniger Gelegenheiten, um beispielsweise die Sprache der Mehrheitsgesellschaft zu lernen und zu pflegen.“

Weil der Zugang zum Arbeitsmarkt vor allem vom Zugang zu Informationen abhängt?

Genau. Jobs findet man zumeist durch Informationen von anderen Leuten. So erfährt man, wo jemand gesucht wird, wie man ein Bewerbungsschreiben verfasst oder wie man sich bei einem Bewerbungsgespräch verhält. Wenn man sich aber nur innerhalb seiner eigenen Gruppe aufhält, hat man keinen Zugang zu diesen Informationen, denn die meisten Menschen, die Jobs zu vergeben haben, gehören der Mehrheitsgesellschaft an. Auch die Informationen, wie der Arbeitsmarkt funktioniert, sind eher in der Mehrheitsgesellschaft verfügbar. Ähnliches gilt für das Bildungssystem, in dem sich die Zuwanderer nicht so leicht zurechtfinden, weil die Schulen in Europa anders organisiert sind als in ihren Herkunftsländern und zum Beispiel eine stärkere Einbindung der Eltern einfordern. Zweitens: Segregation führt dazu, dass die Ressentiments und Vorurteile aufseiten der Mehrheitsgesellschaft verstärkt werden – wiederum aus einem Mangel an Informationen.

„Diese konservativen und auch radikalen Tendenzen sind in den islamischen Ländern auf dem Vormarsch. Solange das der Fall ist und es in der islamischen Welt nicht zu einem Umdenken kommt, wird es Probleme geben.“

Und drittens?

Segregation hat negative Effekte auf die Gesellschaft insgesamt, und zwar bei der Solidarität und dem Vertrauen – beides Voraussetzungen für sogenannte Kollektivgüter. Das beste Beispiel dafür ist der Wohlfahrtsstaat, zu dem wir alle einen Beitrag leisten. Der Sozialstaat lebt im Wesentlichen davon, dass ihn die Bürger nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie ihn wirklich brauchen. Solidarität lebt davon, dass wir darauf vertrauen, dass sie nicht missbraucht wird. Wenn man in einer Gesellschaft einander aber nicht kennt, sinkt die Bereitschaft, einen Beitrag zum Sozialstaat zu leisten.

Weil man nicht mehr darauf vertraut, dass auch die anderen ihren Beitrag leisten?

Deshalb und weil dann die Geisteshaltung vorherrscht, dass man den Sozialstaat missbrauchen darf, weil ja die, die unter dem Missbrauch leiden würden, ohnehin nicht zu meiner Gruppe gehören. Das heißt, man wird weniger solidarisch. Heterogenität ist also eine große Herausforderung für Kollektivgüter. Diversität in einer Gesellschaft ist schon mit gelungener Integration nicht einfach. Richtig schwierig wird es, wenn Diversität auf Segregation trifft.

Kann man sagen, dass Parallelgesellschaften Radikalisierungen grundsätzlich begünstigen?

Ja. Und zwar aus vielen Gründen. Unter anderem aus den genannten, die zu Misstrauen und weniger Solidarität führen. Die Folge davon können nämlich Entfremdung und schließlich Radikalisierung sein. Radikale Hassprediger beispielsweise haben es besonders leicht, Menschen zu mobilisieren, die nur in konservativ-religiösen Kreisen verkehren, in denen sie in ihren eigenen Gedanken bestätigt und nicht mit anderen Ideen bzw. Glaubensrichtungen konfrontiert werden. Es ist kein Zufall, dass besonders viele Radikale aus Problembezirken wie etwa Molenbeek in Brüssel kommen.

Wo sehen Sie hier die Rolle des Staates? Wie sehr darf bzw. soll sich die Regierung in Gesellschaften einmischen, um Parallelgesellschaften zu vermeiden und zu bekämpfen?

Der erste wichtige Schritt ist die Erkenntnis, dass Segregation schädlich ist. Es ist immer noch ein weitverbreiteter Mythos, dass Segregation per se nichts Schlechtes ist, sondern sich Zuwanderer ganz im Gegenteil durch eine starke Gruppenbildung in Parallelgesellschaften erfolgreich integrieren. Als Beispiel werden dann oft „China Town“ oder „Little Italy“ in den USA genannt.

„Der erste wichtige Schritt ist die Erkenntnis, dass Segregation schädlich ist. Es ist immer noch ein weitverbreiteter Mythos, dass Segregation per se nichts Schlechtes ist, sondern sich Zuwanderer ganz im Gegenteil durch eine starke Gruppenbildung in Parallelgesellschaften erfolgreich integrieren.“

Diese Beispiele wollte ich auch noch nennen. Denn die USA dulden diese Parallelgesellschaften ja nicht nur, sie sind sogar stolz darauf, weil sie schick und exotisch sind.

Natürlich gibt es Beispiele von Gruppen, die trotz Segregation erfolgreich im Berufsleben verankert und in der Gesellschaft gut integriert sind. Aber man darf zwei Dinge nicht vergessen. Erstens gibt es eine erfolgreiche Kombination aus gesellschaftlicher Integration und räumlicher Segregation wie etwa in „China Town“ nur bei Gruppen, die selbst über relevante ökonomische und Bildungsressourcen verfügen. Ein weiteres Beispiel sind die Inder in Großbritannien, die nur ein bisschen weniger segregiert sind als Pakistani, aber deutlich bessere Berufe haben und gut integriert sind – eben weil sie über eigene Bildungsreserven verfügen. In so einem Fall ist Segregation natürlich kaum ein Problem. Aber wenn ich ein Angehöriger einer benachteiligten Gruppe bin, und das sind nun einmal die meisten Zuwanderergruppen in Europa, dann ist Segregation in hohem Maß schädlich. Und zweitens darf man nicht vergessen, dass Länder wie die USA und Kanada eine extrem selektive Einwanderungspolitik haben. Dort kommt nicht jeder rein. Die muslimische Bevölkerung in den USA beispielsweise ist gebildeter als die amerikanische Durchschnittsbevölkerung, weil die meisten als Arbeitsmigranten mit entsprechender Bildung eingewandert sind und sich später erfolgreich integriert haben. Ganz anders ist die Situation bei den weniger gut gebildeten Gastarbeitern in Europa, die zumeist aus ländlichen Regionen rekrutiert wurden, und natürlich aktuell bei den Flüchtlingen.

„Der Sozialstaat lebt im Wesentlichen davon, dass ihn die Bürger nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie ihn wirklich brauchen. Solidarität lebt davon, dass wir darauf vertrauen, dass sie nicht missbraucht wird. Wenn man in einer Gesellschaft einander aber nicht kennt, sinkt die Bereitschaft, einen Beitrag zum Sozialstaat zu leisten.“

Wenn der erste Schritt die Erkenntnis ist, dass Segregation grundsätzlich nichts Gutes bedeutet – was ist der zweite Schritt?

Die Möglichkeiten des demokratischen Staates sind begrenzt, aber es gibt welche. Vor allem bei jener Gruppe an Migranten, die besonders gefährdet sind, dass sie in segregierten Gegenden enden, nämlich bei Flüchtlingen. Anerkannten Flüchtlingen könnte man zum Beispiel in den ersten Jahren, in denen sie noch von Sozialleistungen abhängig sind, einen Wohnort zuweisen, um eine ethnische Konzentration zu vermeiden und sie dort anzusiedeln, wo es möglicherweise auch eine Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gibt. Ansonsten bleiben sie unter sich, was eine verständliche Neigung ist. Wenn sie dann einen Job haben, können sie selbst entscheiden, wo sie leben.

Das wäre eine Möglichkeit, um weitere Parallelgesellschaften zu vermeiden. Was kann man machen, um die bestehenden zu bekämpfen?

Hier kann man im Schulsystem ansetzen und die freie Wahl der Schulen einschränken. In den Niederlanden etwa kann man sich komplett frei aussuchen, in welche Schule man seine Kinder schickt. Das ist ein Modell, das der Segregation extrem in die Hände gespielt hat. Mittlerweile lebe ich in Berlin, hier gibt es eine eingeschränkte Wahlfreiheit der Schule. Die Grundschule etwa muss im eigenen Wohnbezirk sein. Daher gibt es in Berlin eine etwas bessere Durchmischung als in den Niederlanden. Auch bei der Wohnungsvergabe kann man einschreiten und eine Durchmischung fördern, indem man je nach Bedarf verschiedene Arten von Miet- und Kaufwohnungen mit unterschiedlichen Preisen zur Verfügung stellt.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang zumeist über aktuelle Phänomene. Fallen Ihnen historische Beispiele für Parallelgesellschaften ein?

Ja, Parallelgesellschaften gibt es schon sehr lange. Gehen wir von den Niederlanden aus. Früher gab es dort ein System, das sehr stark nach religiösen und politischen Weltanschauungen segregiert war. Katholiken und Protestanten lebten in ihren eigenen Parallelgesellschaften, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Ich habe die letzten Ausläufer davon in den 60er-Jahren als Kind selbst mitbekommen. Die katholischen Nachbarskinder gingen in andere Schulen, andere Bibliotheken und spielten in anderen Fußballvereinen, selbst wenn diese am anderen Ende der Stadt waren. Aber es bestand ein wesentlicher Unterschied zu heute: Innerhalb dieser Gruppen gab es jeweils eine Elite. Man war nicht in seinem sozialen Gefängnis gefangen, wie das in heutigen Parallelgesellschaften der Fall ist.

Blicken wir in die Zukunft. Trauen Sie sich, eine Prognose in diesem Bereich zu stellen? Wie werden sich Parallelgesellschaften künftig entwickeln, welche denkbaren Szenarien bzw. Dystopien gibt es?

Bei den meisten Gruppen an Zuwanderern mache ich mir keine allzu großen Sorgen, weil die Geschichte gezeigt hat, dass es spätestens in der dritten Generation zu einer Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft und somit zu einer sozialen Durchmischung kommt. Durch interethnische Beziehungen und Ehen lösen sich auch scharfe Trennlinien irgendwann auf. Das hat man schon mehrfach beobachtet, in den Niederlanden beispielsweise bei Migranten aus den ehemaligen Kolonien, hier gibt es mittlerweile eine interethnische Heiratsrate von über 50 Prozent. Ein Problem gibt es nur dann, wenn die ethnischen Trennlinien zugleich auch religiöse sind.

Sie sprechen vom Islam?

Genau. Vor allem vom konservativen Islam. Dieser schränkt die ansonsten natürliche Neigung, sich sozial zu durchmischen, durch religiöse Tabus ein. Er steht also einer Durchmischung und in weiterer Folge Integration im Weg, weil er beispielsweise interreligiöse Ehen verbietet. Diese konservativen und auch radikalen Tendenzen sind in den islamischen Ländern auf dem Vormarsch. Solange das der Fall ist und es in der islamischen Welt nicht zu einem Umdenken kommt, wird es Probleme geben. Hinzu kommt, dass ich bis jetzt noch nirgendwo eine deutliche Gegenbewegung im Sinne eines liberalen Islam sehe. Ich bin aber dennoch hoffnungsvoll, dass es zu Reformbewegungen von Europa aus kommen kann. Dann nämlich, wenn die Muslime hier erkennen, dass eine liberale, demokratische Gesellschaft auch die Rechte religiöser Menschen verteidigt. Diese Hoffnung beruht allerdings noch auf wenigen realen Anknüpfungspunkten.

„Ich bin aber dennoch hoffnungsvoll, dass es zu Reformbewegungen von Europa aus kommen kann. Dann nämlich, wenn die Muslime hier erkennen, dass eine liberale, demokratische Gesellschaft auch die Rechte religiöser Menschen verteidigt.“

Ruud Koopmans ist einer der bekanntesten Migrationsforscher Europas. Seit 2007 ist er Direktor der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Zudem war er bis 2010 als Professor für Soziologie an der Freien Universität Amsterdam (VU) tätig. Seit 2013 ist er Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Gerade ist im LIT-Verlag sein neues Buch mit dem Titel „Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration“ erschienen.

Im Gespräch

David Engels



Für David Engels bezeichnet der Begriff Parallelgesellschaft eine menschliche Untergruppe, die innerlich durch feste identitäre Klammern verbunden ist, die aber von der jeweiligen übergeordneten Gruppe nicht als verbindlich angesehen werden. Zwar bedeutet das laut ihm nicht zwangsläufig eine Konfliktsituation, allerdings wenn es um die Verteilung knapper Ressourcen geht, kann dies schnell zu Spannungen führen.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Die Definition des Wortes „Parallelgesellschaft“ ist natürlich eine sehr subjektive Angelegenheit. Für mich scheint der Begriff wenigstens so, wie er heute meist benutzt wird, eine menschliche Untergruppe zu bezeichnen, welche innerlich durch feste identitäre Klammern verbunden ist, die zumindest in ihrer Mehrzahl nicht von der jeweiligen übergeordneten Gruppe als verbindlich angesehen werden. Dies impliziert nicht unbedingt schon per Definition eine konfliktuelle Situation, sondern kann sich durchaus nur auf ein bloßes Nebeneinander ohne allzu viele gegenseitige Berührungsflächen beziehen, das an die Stelle des allgemeinen gesellschaftlichen Miteinanders tritt. Es ist aber klar, dass aus einem solchen Nebeneinander im Krisenfall, wenn es um die optimale Verteilung knapper Ressourcen geht, schnell ein Gegeneinander entstehen kann. Denn die Bereitschaft zu zwischenmenschlicher Solidarität nimmt erfahrungsgemäß zu, je größer die Zahl der geteilten Eigenschaften ist. An oberster Stelle stehen meist Familienbände, dann Elemente wie Nachbarschaft, Glaube, Sprache, Klasse, Ethnie, Nation, Kultur etc. Je schwächer die geteilte Identität, umso geringer wird die Bereitschaft zur Solidarität, sodass jene Parallelgesellschaften, je homogener und nach außen hin abgeschlossener sie auftreten, eine große soziale Sprengkraft im Rahmen der Gesamtgesellschaft entwickeln können.

„Je schwächer die geteilte Identität, umso geringer wird die Bereitschaft zur Solidarität, sodass jene Parallelgesellschaften, je homogener und nach außen hin abgeschlossener sie auftreten, eine große soziale Sprengkraft im Rahmen der Gesamtgesellschaft entwickeln können.“

Wo liegen die Probleme bzw. Gefahren von Parallelgesellschaften?

Wie jede gesellschaftliche Gruppe tendieren auch Parallelgesellschaften unweigerlich zum Erhalt ihrer Existenz und müssen daher, wollen sie nicht untergehen, permanent die schwere Gratwanderung zwischen den Extremen völliger Selbstaflösung und völliger Selbstausgrenzung meistern, die häufig in Verfolgung oder Vertreibung mündet. Die Aufrechterhaltung der Gruppenidentität kann deshalb nur eine begrenzte Assimilation und Integration zulassen. Welches Maß hier erlaubt und notwendig ist, hängt vom jeweiligen Kontext und vor allem von jenen identitären Werten ab, die den wesentlichen Gehalt von Gesamt- und Parallelgesellschaft bilden. Man könnte hier viele Beispiele anführen, denen allen natürlich eine gewisse Vereinfachung innewohnt: Die vedischen Einwanderer ins alte Indien waren vornehmlich auf die Beibehaltung ihrer ethnischen Identität bedacht, die Hugenotten auf das sola fide, die Juden auf ihre Reinheitsgebote, die chinesischen Minderheiten auf ihre Sprache etc. Je homogener und in sich geschlossener eine Parallelgesellschaft ist, desto schwieriger wird freilich die Integration. Im Westen wird dies vor allem bei den islamischen Parallelgesellschaften deutlich, bei denen im Gegensatz zur europäischen Mehrheitsgesellschaft Sprache, Glaube, Recht und Reinheitsgesetze eine untrennbare Einheit bilden, deren Separierung nicht möglich ist, ohne den eigentlichen Zusammenhalt der Gruppe radikal zu gefährden.

„Je homogener und in sich geschlossener eine Parallelgesellschaft ist, desto schwieriger wird freilich die Integration. Im Westen wird dies vor allem bei den islamischen Parallelgesellschaften deutlich, bei denen im Gegensatz zur europäischen Mehrheitsgesellschaft Sprache, Glaube, Recht und Reinheitsgesetze eine untrennbare Einheit bilden, deren Separierung nicht möglich ist, ohne den eigentlichen Zusammenhalt der Gruppe radikal zu gefährden.“

Welchen Zusammenhang kann es zwischen Parallelgesellschaften und Radikalisierung geben? Begünstigen Parallelgesellschaften Radikalisierungen?

Radikalisierung und Assimilierung sind die beiden entgegengesetzten Pole, zwischen denen eine jede Parallelgesellschaft oszilliert. Inwieweit es zu einem der beiden Extreme kommt, hängt vom jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Rahmen ab. Radikalisierung ist dabei meist eine Antwort auf eine Schwächesituation, sei es die Schwäche der eigenen Gruppe, welche unbewusst durch Überkompensierung überspielt werden soll, um völlige Assimilation und somit Auflösung zu verhindern, sei es die Schwäche der mehrheitlichen Gesellschaft, welche der immer bestehenden Tendenz zur Selbstabgrenzung der Parallelgesellschaft keinen Widerstand entgegensetzt bzw. keine ausreichenden Anreize zur größeren Integration liefert und somit implizit die Stärkung der Parallelgesellschaft fördert.

Welche, wie Sie es nennen, Schwächesituation dominiert Ihrer Meinung nach aktuell?

Im gegenwärtigen Fall der westlichen Gesellschaft begegnen uns beide Faktoren gleichzeitig. Zum einen hat sich die Forderung nach identitärer Inklusivität solchermaßen verstärkt, dass der Anreiz zur Assimilation für viele Parallelgesellschaften nur noch sehr gering ist und „Integration“ kaum wesentlich mehr bedeutet als ein oberflächliches Beachten der Gesetze – und auch hier meist eher dem Buchstaben nach als dem Geiste. Zum anderen stellt die zunehmend konsumorientierte, hedonistische und weitgehend tabulose westliche Gesellschaft eine große Herausforderung gerade für moralbewusste Gruppen dar, sodass der Drang zur Selbstabschließung proportional mit dem wächst, was man als den „Verführungsgrad“ unserer westlichen Welt bezeichnen könnte.

Welche Irrtümer bzw. Missverständnisse gibt es rund um Parallelgesellschaften?

Zum ersten beruht die gegenwärtig vertretene Interpretation des Multikulturalismus als ein wünschenswerter Zustand auf Werten, die in vielen Fällen von den Parallelgesellschaften außereuropäischer Prägung eben nicht unbedingt geteilt werden, sodass es eines komplexen Lehr- und Lernprozesses bedürfen würde, einen zufriedenstellenden Grundkonsens herzustellen. Dann aber stellt sich freilich die Frage, inwieweit das Resultat einer solchen Annäherung noch tatsächlich im echten Sinne „multikulturell“ sein oder vielmehr lediglich eine oberflächliche Ausschmückung der westlichen Kultur mit einigen folkloristisch-exotischen Zügen bedeuten würde. Denn eigentlich handelt es sich bei dem Versuch, die westliche Gesellschaft ausschließlich auf universalistische Werte zu gründen, um ein bestenfalls naives, schlimmstenfalls kul-

turimperialistisches Vorhaben. Sind doch Werte wie etwa „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Gleichheit“ etc. in ihrer konkreten Anwendung auf den Einzelfall zutiefst vom jeweiligen lebensweltlichen Kontext abhängig, sodass auf eine gut gemeinte, letztlich aber ungewollte, mit westlichen Erwartungen verbundene Toleranz fremden Gruppen gegenüber oft ein böses Erwachen seitens der Mehrheitsgesellschaft folgen kann.

Heißt das, es gibt in Europa zu viel Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften?

Die Bereitschaft zur Tolerierung von Parallelgesellschaften ist heute meist nicht etwa in dem positiven Bekenntnis zur eigenen westlichen Kultur verankert, sondern vielmehr in einer seit nunmehr drei Generationen gepflegten, beständig angewachsenen Schuldkultur, die zu einer grundlegenden Infragestellung der eigenen historischen Vergangenheit und Tradition geführt hat. Diese kann nun bei Mitgliedern anderer kultureller Gruppen durchaus auf Unverständnis stoßen, deren verständliche Überkompensierung der eigenen, von Assimilation bedrohten Identität in der Selbstkasteiung der westlichen Kultur und der davon abgeleiteten, oft überzogenen Idealisierung anderer Kulturen eine gefährliche Resonanz zu finden droht. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die „Moderne“ mit ihren neuen technologischen Voraussetzungen und der Globalisierung entgegen einer weitverbreiteten Hoffnung gerade nicht den idealen Rahmen für eine Versöhnung der menschlichen Gesellschaften bietet, sondern paradoxerweise im Gegenteil deren zunehmende Zersplitterung fördert: Noch nie war es so einfach, sich in seinen Kommunikationsmöglichkeiten auf die eigene Gruppe zurückzuziehen. Noch nie war es so simpel, engsten Kontakt mit seinem Heimatland, aber keinen mit seiner Nachbarschaft zu pflegen.

Eine provokante Frage: Können Parallelgesellschaften in einer multikulturellen Gesellschaft auch Vorteile haben?

Stellen wir die Frage, ob Parallelgesellschaften zu einer allgemeinen kulturellen Bereicherung führen, ist dies zum einen sicherlich zu bejahen – denn es bieten sich Möglichkeiten des Austauschs, die einer völlig homogenen Gesellschaft versagt bleiben würden. Zum anderen ist natürlich festzustellen, dass ein solcher Austausch in dem Maße schwieriger wird, in dem sich jene Parallelgesellschaften nach außen hin abgrenzen und eben nicht an gleichberechtigtem Austausch und somit Akzeptanz der Position des anderen interessiert sind, sondern vielmehr an einer zunehmenden Auflösung möglicher Schnittmengen zum Zwecke der Selbsterhaltung bzw. sogar Expansion. Sprechen wir allerdings von der langfristigen politischen Stabilität eines multikulturellen Systems, müssen wir klar zwischen einem Modell unterscheiden, welches nur auf dem Nebeneinander mehr oder weniger unverbundener Parallelgesellschaften beruht, und einem solchen, dem eine tatsächliche Vermischung verschiedenster Kulturen gelingt.

„Noch nie war es so simpel, engsten Kontakt mit seinem Heimatland, aber keinen mit seiner Nachbarschaft zu pflegen.“

Im ersten Fall werden die Grenzen zwischen den einzelnen Bestandteilen einer solchen Gesellschaft im Krisenfall gleichzeitig auch unweigerlich zu Bruchlinien. Im zweiten Fall ist zu erwarten, dass eine echte, synkretistische Durchmischung früher oder später zur Herausbildung einer neuen, homogenen Gesellschaft führt und aus der Multi- – letztlich ungewollt – eine neue, synkretistische Monokultur entsteht.

Wie sehr darf bzw. soll sich die Regierung grundsätzlich in Gesellschaften einmischen, etwa bei Pflichten für frisch Zugewanderte?

Die Antwort auf diese Frage erfolgt in direkter Konsequenz aus der legalen Selbstdefinition der Mehrheitsgesellschaft, deren Erhalt die Pflicht der jeweiligen Regierung sein muss. Zurzeit herrscht in dieser Hinsicht in den meisten europäischen Staaten eine große Ungewissheit. Diese ist darauf zurückzuführen, dass sich die Situation einer Verrechtlichung der Integration mit ebenso rasch eingewanderten wie zahlenmäßig starken und kulturell fundamental unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen seit Jahrhunderten nicht mehr gestellt hat, sodass eine bloße Fortsetzung der bisherigen rechtlichen Situation schwer möglich scheint. Denn die klassische Prozedur ging erfahrungsgemäß implizit ebenso vom Willen nach Integration wie ihrer eher unproblematischen kulturellen Umsetzung aus und konnte sich deshalb auf den Respekt einiger weniger, rein universalistischer Rahmenbedingungen konzentrieren. Heute stellt sich daher in dringendster Weise die Frage nach dem politischen Willen zur Neugestaltung der Gesellschaft: Will man die historisch gewachsene, christlich-humanistisch geprägte bisherige europäische Leitkultur mit ihren verschiedenen nationalen Prägungen weiterhin als Klammer und Leitbild der Gesamtgesellschaft konservieren?

„Radikalisierung und Assimilierung sind die beiden entgegengesetzten Pole, zwischen denen eine jede Parallelgesellschaft oszilliert. Inwieweit es zu einem der beiden Extreme kommt, hängt vom jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Rahmen ab.“

Was, wenn man das will?

Dann muss man freilich die bisherigen, rein universalistisch formulierten rechtlichen Vorgaben mit ihren zahlreichen Grauzonen um das Bekenntnis zur Werthaftigkeit des spezifischen, in Europa entwickelten Menschenbildes ergänzen und zwar nicht eine direkte Übernahme dieses Bildes, aber doch eine gewisse Anpassung der Leitideen der neu entstandenen Parallelgesellschaften hieran einfordern. Oder will man vielmehr die gegenwärtige Lage zum Anlass nehmen, Europa als gewachsene Kultur grundsätzlich infrage zu stellen – und das bisherige abendländische gesellschaftliche Leitbild auf den Rang einer Parallelgesellschaft unter vielen anderen zurückstufen, welche alle von nun an eben nicht mehr unter den Grundvoraussetzungen europäischer Kultur, sondern einer neuen, universalistischen Weltzivilisation koexistieren? In diesem Falle müssen die Anforderungen an jene neuen Parallelgesellschaften natürlich ganz anders ausfallen. Klar ist in jedem Fall, dass der Staat eines festen Rahmens bedarf, um die Integration jener Gruppen zu steuern. Außerdem verspricht das Ergebnis der Bemühungen nur dann Dauerhaftigkeit, wenn es von der gesamten Gesellschaft getragen wird und Resultat eines transparenten demokratischen Prozesses ist nicht aber einer aufoktroierten Entscheidung der Eliten „für“ das Volk, wie dies in den letzten Jahren bei analogen Fragen nur allzu oft der Fall war, denkt man etwa an das Zustandekommen des Vertrags von Lissabon.

Wie kommt es, dass amerikanische Großstädte stolz sind auf ihre Parallelgesellschaften, die sich „China Town“ oder „Little Italy“ nennen, und damit sogar werben? In Europa hingegen eine ganz andere Skepsis herrscht? Liegt es an den Communities in Europa? Liegt es am Islam?

Was die USA betrifft, so bin ich wohl nicht kompetent genug, um hierzu eine Meinung zu äußern. Ich würde aber zu bedenken geben, dass es sich bei der US-amerikanischen Gesellschaft um eine typische Einwanderungsgesellschaft handelt, in der gänzlich andere Voraussetzungen herrschen als in Europa, das seit einem Jahrtausend keine nennenswerte, von außerhalb seines weiteren kulturellen Umfelds stammende Einwanderungsbewegung mehr erfahren hat. Ich lebe selbst in einem Land (Belgien), das stark durch verschiedenste Minderheiten geprägt ist, und kann meiner persönlichen Erfahrung nach nicht von einer generellen Skepsis gegenüber jeglicher Form identitätsstarker Parallelgesellschaften sprechen. Gerade die italienischen und spanischen Minderheiten, die schon seit mehreren Generationen einen bedeutenden Teil unserer Stadtbilder ausmachen, erfreuen sich einer allgemeinen Akzeptanz. Auch die nicht unbeträchtlichen vietnamesischen, chinesischen und kongolesischen Gruppen, die man selbst in kleineren Städten findet, unterliegen meines Wissens keinerlei Form von Ausgrenzung, ganz im Gegenteil.

Wie Sie in Ihrer Frage andeuteten, liegt die Situation im Falle der islamischen Minderheiten aus verschiedenen Gründen etwas anders, wenn auch erst seit ungefähr einer Generation.

Sie sprechen von der Angst vor dem politischen, radikalen Islam?

Die zunehmend festzustellende gegenseitige Distanzierung liegt meines Erachtens in mehreren Faktoren begründet. Zum einen konstatieren wir ein überaus rasches, sowohl demographisch als auch migratorisch begründetes Anwachsen jener Bevölkerungsgruppen, aus dem seitens der Alteingesessenen notwendigerweise eine gewisse Angst vor der eigenen Verdrängung erwächst. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass die starke Vertretung jener Gruppen in den Städten und die Tendenz zur Ghettobildung Eindrücke entstehen lassen, die nur bedingt der gesamtstaatlichen Realität entsprechen, auch wenn die langfristigen demographischen Projektionen wohl fraglos einen grundlegenden Wandel unserer Bevölkerungsstruktur nahelegen. Zum anderen speist sich die Angst auch durch die starke Sichtbarkeit jener Gruppen, sei es in Form von Kleidung, Sprache, Reinheitsgeboten, Recht, Sitte, Proselytismus oder religiösem Unbedingtheitsanspruch. Diese identitätsstiftenden Merkmale treffen ebenfalls auf viele andere größere Parallelgesellschaften zu, aber alle zusammen doch eher nicht. Und der wichtigste Faktor der von Ihnen erwähnten Skepsis: die Angst vor dem fundamentalistisch motivierten und zudem nicht nur gegen die eigene Gruppe, sondern vor allem gegen Andersgläubige gerichteten Terrorismus, der ebenfalls in diesem Maße von den anderen erwähnten Minderheiten nicht ausgeübt wird und eine Zuspitzung der Migrationsfrage auf die islamischen Gesellschaften provoziert.

Wie entstehen Parallelgesellschaften eigentlich? Welche soziologischen Faktoren spielen dabei eine Rolle?

Parallelgesellschaften entstehen meist entweder durch den Zuzug äußerer Gruppen, deren Integration in die Mehrheitsgesellschaft nur teilweise gelingt, oder durch die Abspaltung bereits anwesender Gruppen vom mehrheitlichen Konsens, wobei beide Phänomene sich durchaus gegenseitig verstärken können. Der Zuzug chinesischer oder schwarzafrikanischer Gruppen ist ein typisches Beispiel für den ersten Fall, die Verbreitung verschiedener religiöser Sekten oder politischer Untergrundbewegungen für den zweiten.

Für die Verbreitung islamischer Parallelgesellschaften spielen wohl beide Faktoren eine Rolle, oder?

Ja, das ist insoweit ein zusammengesetztes Phänomen, als ihre Entstehung und auch ihr gegenwärtiger verstärkter Aufschwung ganz klar Migrationsphänomenen zu verdan-

„Reiche grenzen sich ab, um ihre Privilegien nicht zu verlieren, Arme aus Ressentiment, Gläubige aus dem Wunsch nach Verwirklichung ihrer religiösen Vorgaben, Rationalisten aus Opposition gegenüber dem ‚Obskurantismus‘; und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.“

ken sind – ursprünglich Arbeits-, später Flüchtlings- und Wirtschaftsmigration. Die Verhärtung und die Ausdehnung dieser Gruppen sind aber zunehmend auch einem gewissen Proselytismus geschuldet. Schon heute scheint der Übertritt zum Islam für autochthone Europäer (nicht nur in den französischen „banlieues“) aus verschiedensten Gründen eine wünschenswerte Perspektive zu sein, ganz analog zur bekannten Reislamisierung der ursprünglich ja oft gut integrierten und eher laizistisch eingestellten islamischen Gastarbeiter. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Vorhin erwähnten wir bereits den einer jeden Gruppe inhärenten Wunsch zur Selbsterhaltung. Hinzu kommt die Opposition gegen die Werte der jeweiligen Gesellschaftsmehrheit: Reiche grenzen sich ab, um ihre Privilegien nicht zu verlieren, Arme aus Ressentiment, Gläubige aus dem Wunsch nach Verwirklichung ihrer religiösen Vorgaben, Rationalisten aus Opposition gegenüber dem „Obskurantismus“; und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Jeder Mensch gehört in einem oder anderem Maße einer Parallelgesellschaft an. Gefährlich wird dies freilich, sobald die Brücken zu anderen Gruppen fast alle gekappt werden und somit selbst kleine Krisen zum Bruch führen müssen. Im besten Fall kommt es dann zur gewaltsamen Auflösung der radikalisierten Gruppe, im schlimmsten Fall zur Desintegration der gesamten Gesellschaft im Bürgerkrieg. In Europa scheint die letzte Möglichkeit heute erheblich weniger ausgeschlossen als noch vor 20 Jahren.

„Die Bereitschaft zur Tolerierung von Parallelgesellschaften ist heute meist nicht etwa in dem positiven Bekenntnis zur eigenen westlichen Kultur verankert, sondern vielmehr in einer seit nunmehr drei Generationen gepflegten, beständig angewachsenen Schuldkultur, die zu einer grundlegenden Infragestellung der eigenen historischen Vergangenheit und Tradition geführt hat.“

Kann man Parallelgesellschaften wieder rückgängig machen?

Sicherlich, wenn denn der politische Wille besteht und weitgehend konsensfähig ist. Der Staat kann durchaus Rahmenbedingungen definieren, welche zur Zurückdrängung bzw. Zerschlagung zentraler identitätsstiftender Merkmale jener Parallelgesellschaften führen – indem er etwa bisherige Sonderrechte aufhebt oder allgemein verbindliche Verhaltensweisen festschreibt, sodass es mittelfristig zur erzwungenen Integration kommen muss, wenn die entsprechenden Sanktionen im Falle des Zuwiderhandelns hart genug ausfallen. So ließe sich an die Verpflichtung zum Spracherwerb, die Überwachung religiöser oder politischer Einrichtungen, strengere Regeln bei der Bürgerrechtsan- oder -aberkennung, eine flächendeckende und nicht nur auf die Großstädte konzentrierte Verteilung von Neuzuzügen, eine strikte Unterbindung jeglicher internen Rechtsprechung und vieles andere mehr denken. Freilich können diese Maßnahmen auch zu Verhärtungen und gewaltsamen Konflikten führen, welche dann so lange von der Gesamtgesellschaft ausgehalten werden müssen, bis das erstrebte Ziel erreicht ist. Wichtig bei einer solchen Zurückdrängung ist aber auch, dass die Mehrheitsgesellschaft ein annehmbares Vorbild liefert, um Integration und Assimilation nicht etwa als ungeliebte Verpflichtung, sondern vielmehr als positiv angestrebtes Ziel, ja sogar als Privileg erscheinen zu lassen. Dies ist natürlich die schwierigste Vorbedingung bei der Auflösung von verhärteten Parallelgesellschaften, da sie sowohl eine feste Identität seitens der Mehrheitsgesellschaft als auch eine grundlegende Bereitschaft zur Integrierung der Neuankömmlinge erfordert.

Welche historischen Beispiele für Parallelgesellschaften gibt es? Was kann man aus früheren Entwicklungen in diesem Bereich lernen und für aktuelle Migrationsbewegungen nutzen?

Als Althistoriker denke ich hier natürlich vor allem an die Verhältnisse in der klassischen Antike. Gerade das spätrepublikanische Rom des 1. Jahrhunderts v. Chr. erlebte eine ganz analoge Entwicklung zu der, die heute den Westen prägt. Rom (und viele italische Städte) wuchsen in recht kurzer Zeit zu kosmopolitischen Metropolen heran, in denen sich zahlreiche mal mehr, mal weniger miteinander interagierende Parallelgesellschaften bildeten. Auch hier kam es zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen, Verteilungskämpfen und populistischen Ausweisungsgesetzen. Und auch hier bildete sich ein zunehmend verhärteter innerer Widerstand gegen eine von Materialismus, Universalismus, Technokratie, Werteverlust und wirtschaftlicher Ausbeutung geprägte Gesellschaft. Dies erklärt auch, wieso proportional zum Niedergang der alten römischen Bauernreligion orientalisch-kulte und Sekten, die zunächst oft durch Zuwanderer aus

dem Osten eingeführt worden waren, verstärkten Zulauf erhielten. Gerade das frühe Christentum des 1. Jh. n. Chr. ist ein Paradebeispiel für eine Parallelgesellschaft, die sich fast in jeder Hinsicht analog zum heutigen Islam verhielt, wenn auch die Martyriumssehnsucht sich nicht gegen Andersgläubige, sondern wesentlich gegen die eigene Person richtete. Erst dem Staat des Augustus sollte nach einer Zeit zerstörerischer Bürgerkriege die Wiederaufwertung traditioneller römischer Identität gelingen, welche fortan die Rahmenbedingungen für Integration und Assimilation schaffen sollte, indem eine komplexe Verbindung zwischen kultureller Romanisierung und gesellschaftlichem Aufstieg hergestellt wurde. Ein Erfolgsmodell, das über mehrere Jahrhunderte wesentlich zur Stabilität des römischen Reiches wie auch zur Herausbildung einer römischen „Leitkultur“ beitrug, die trotz regionaler Variationen und großer Toleranz eine reichsweite Einheit schuf, die freilich langfristig aufgrund der Widerstandskraft des Christentums eine tief greifende Mutation erleben sollte.

Trauen Sie sich, eine Prognose in diesem Bereich zu stellen? Wie werden sich Parallelgesellschaften künftig entwickeln, welche denkbaren Szenarien bzw. Dystopien gibt es?

Ich denke, kein übermäßig großes Risiko mit der Vermutung einzugehen, dass die ostasiatischen und wohl ebenfalls die meisten (christlichen) schwarzafrikanischen Minderheiten auch in den nächsten Jahrzehnten nur wenig Anlass zu einer gesamtgesellschaftlichen Besorgnis erwecken werden. Die gegenwärtige Debatte dreht sich nicht ohne Grund um die radikalisierten muslimischen Bevölkerungsgruppen. Folgt man obiger Analogie, so ist dem Islam eine ganz ähnliche Stellung zuzuweisen wie vor 2.000 Jahren dem frühen Christentum innerhalb des römischen Staates. Zunächst dürfen wir daher mit einem weiteren Anwachsen der islamischen Gemeinde rechnen, die sich neben natürlicher Vermehrung auch verstärkt durch Übertritte speisen wird, sodass schon in etwa zwei Generationen selbst in vorsichtigen Schätzungen Europas Bevölkerung zu einem Drittel muslimisch sein wird. Bedenkt man, dass Staatsschuld, Arbeitslosigkeit, Auslagerung, Ultraliberalismus, Bevölkerungsrückgang, Überalterung und explodierende Sozialbudgets bald unweigerlich in eine wirtschaftliche Dauerkrise und bitterste Verteilungskämpfe um die letzten Hilfgelder münden werden, scheint ein unterschwelliger „Clash of Cultures“ mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen zumindest in den Großstädten nicht unwahrscheinlich.

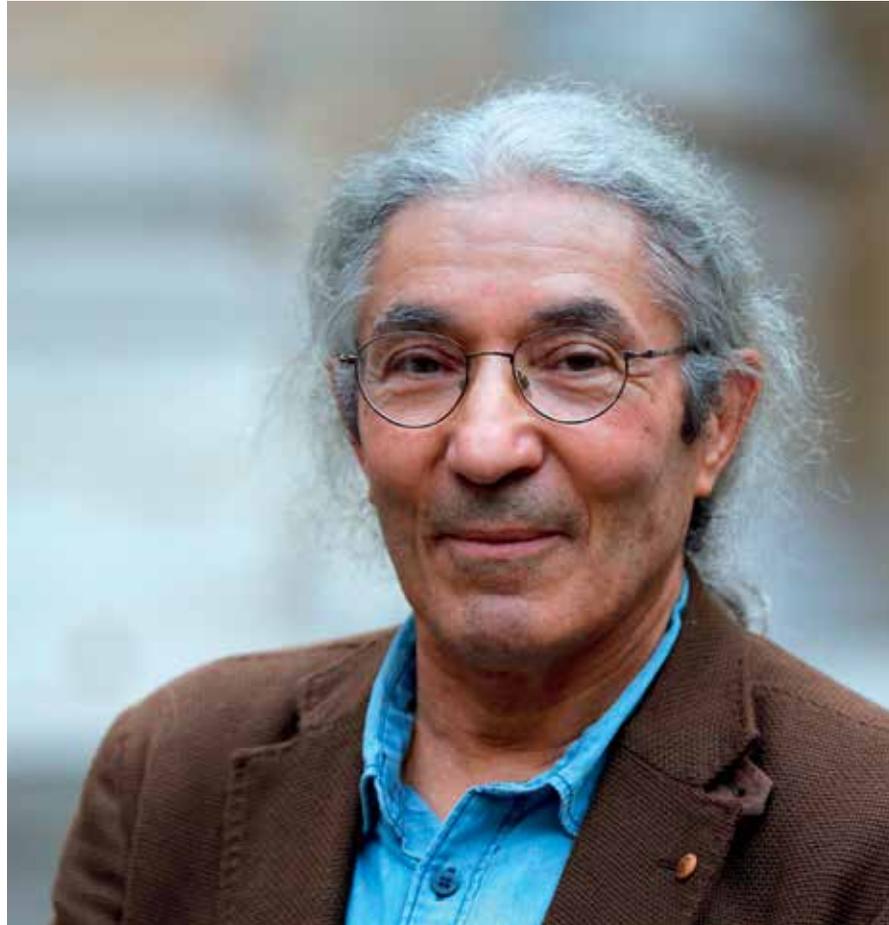
Welche möglichen Folgen hätte das für das Christentum in Europa?

Freilich dürfte in Analogie zum spätrömischen Heidentum in den nächsten Jahrzehnten auch das Christentum wieder aufleben und, wie in den USA, in einer eher oberflächlichen Weise zur Legitimationsbasis des neuen, populistisch autoritären Staatenwesens werden, welches sich parallel zum Prinzipat des Augustus als einziger Ausweg aus den zu erwartenden Krisen erheben dürfte. Die dauerhafte Koexistenz beider Religionen im Rahmen einer postdemokratischen europäischen Gesellschaft würde dann zum einen die Heranführung zumindest der islamischen Eliten an die Grundlagen des neuen Staats bewirken – ähnlich wie im Falle der Annäherung der frühen Christen an Rom. Zum anderen würde es zu einer unbewussten Anpassung der letzten Christen an den Geist des Islam kommen, die sich ja analog in der zunehmenden Angleichung des spätantiken Heidentums an christliche Formen zeigt. Ob es langfristig zu einem weitgehenden Aussterben des Christentums wie damals des spätantiken Heidentums oder des postsasanidischen Zoroastrismus kommen wird, oder vielmehr zu einem langfristigen Zusammenleben bei wachsender Annäherung – wie etwa im postklassischen China, wo der Buddhismus die ursprüngliche Volksreligion nicht gänzlich verdrängen konnte –, muss dahingestellt bleiben.

David Engels

ist Professor für Römische Geschichte an der Freien Universität Brüssel (ULB). Er studierte Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft an der RWTH Aachen. In seinem viel diskutierten Buch „Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik“ (Berlin 2014) beschrieb er, worin er Parallelen zwischen der europäischen Zeitgeschichte und dem 1. Jh. v. Chr. sieht.

Boualem Sansal



Nach Boualem Sansal muss man bei Parallelgesellschaften dann von einer Gefahr ausgehen, wenn sich essenzielle Werte wie Frauenrechte im Widerspruch befinden. Als Beispiel hierfür führt er die gezielte Verbreitung des politischen Islam in Europa an. Zudem warnt er, dass es in Europa noch zu wenige Spezialisten gibt, um diesem Einhalt zu gebieten.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Gesellschaften kann man generell unterschiedlich definieren, es gibt immer voneinander abweichende Rituale und Niveaus innerhalb von Gesellschaften. Wichtig ist dabei, dass die unterschiedlichen Strömungen legal und sichtbar, also nicht geheim sind. Denn geheime Gesellschaften können gefährlich werden. Wobei das aber nicht zwangsläufig der Fall sein muss. Die Freimaurer zum Beispiel sind geheim, von ihnen geht aber keine Gefahr aus. Das trifft auch auf diverse Sekten zu. Das wichtigste Kriterium ist also die Frage, ob eine Parallelgesellschaft gefährlich ist oder nicht.

Wo liegen denn die potenziellen Gefahren bzw. Probleme einer Parallelgesellschaft?

Von einer Gefahr muss dann ausgegangen werden, wenn sich essenzielle Werte im Widerspruch befinden. Etwa die Werte des modernen Europa und die des archaischen, rückwärtsgewandten Islam. In der arabischen Kultur haben Frauen nicht dieselben Rechte wie Männer. Sie dürfen sich beispielsweise nicht bilden, werden früh verheiratet und nehmen nicht am öffentlichen Leben teil. Wenn nationale Werte aufgelöst und pervertiert werden, ist das selbstverständlich eine gefährliche Entwicklung.

„In der arabischen Kultur haben Frauen nicht dieselben Rechte wie Männer. Sie dürfen sich beispielsweise nicht bilden, werden früh verheiratet und nehmen nicht am öffentlichen Leben teil.“

Begünstigen Parallelgesellschaften auch Radikalisierungen?

Natürlich. Die Kopfbedeckung ist ein gutes Beispiel dafür. Die Burka etwa ist zwar nur ein Kleidungsstück, aber sie zwingt der Gesellschaft Grenzen auf. Eine verschleierte Person sagt deutlich, dass es ein „Wir“ und ein „Ihr“ gibt. Diese Grenzen in den Köpfen der Menschen sind oft stärker als geografische Grenzen zwischen Ländern.

Was genau hat das mit Radikalisierung zu tun?

Eine berechnete Frage, denn man muss präzise sein und darf Themen nicht vermischen. In einer Gesellschaft gibt es immer kulturelle Probleme, das ist ganz logisch. Dann wiederum gibt es Probleme beispielsweise mit der Burka, die zusätzlich ein psychologisches und politisches Problem mit sich bringt. Radikalisierung ist ja ein politisches Problem, das gezielt nach außen gerichtet ist. Vorangetrieben von Menschen, die neue Territorien erobern wollen. Das ist das große Problem – Menschen, die mit Symbolen wie der Burka neue Territorien erobern wollen.

„Die Burka etwa ist zwar nur ein Kleidungsstück, aber sie zwingt der Gesellschaft Grenzen auf. Eine verschleierte Person sagt deutlich, dass es ein ‚Wir‘ und ein ‚Ihr‘ gibt. Diese Grenzen in den Köpfen der Menschen sind oft stärker als geografische Grenzen zwischen Ländern.“

Können Sie das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen?

Gern. Ein repräsentatives Beispiel sind religiöse Staaten wie etwa Saudi-Arabien oder Katar, die Menschen in Länder wie Frankreich und Deutschland schicken, um Verbündete zu rekrutieren. Diese Menschen schleichen sich ein, gehen Beziehungen zu Frauen ein, die sich verschleiern müssen, und suggerieren damit, dass sie anders sind als die Mehrheitsgesellschaft. Oder sie gehen in Schulen und fordern dort, dass die Evolutionstheorie nicht mehr gelehrt wird. Oder dass Buben und Mädchen getrennt unterrichtet werden sollen und dass Schwimmbäder unterschiedliche Öffnungszeiten haben müssen, damit dort Buben und Mädchen nicht aufeinandertreffen. Hier kann man nicht mehr von einer rein kulturellen oder religiösen Angelegenheit sprechen. Hier handelt es sich um radikalisierte Kämpfer, die eine politische Expansion des Islam beabsichtigen.

Wie sollen die Regierungen mit solchen Entwicklungen umgehen? Inwieweit dürfen und sollen sie sich in eine Gesellschaft einmischen?

Das ist eine große Frage, die Sie da stellen. Denn genau um diese Frage geht es bei dieser Debatte. Nehmen wir meine Heimat Algerien als Beispiel, wo es nach einer Revolution zu einer schrittweisen Radikalisierung der Gesellschaft kam. Zunächst in den Familien, dann auch auf staatlicher Ebene. Anfangs fühlte es sich an wie eine normale, natürliche Entwicklung, aber dann wurde klar, dass staatliche Interessen dahintersteckten. Diese Entwicklung war also keine kulturelle, sondern eine politische. Danach war es nicht besonders überraschend,

dass sich Gruppierungen wie die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bildeten. Die Gegenreaktion darauf war wiederum eine weitere Radikalisierung der Gesellschaft. Und hier gibt es grundsätzlich zwei Richtungen. Die einen verstehen sich als Brückenbauer, die erkennen, dass sich die Gesellschaft immer weiter spaltet und auf einen Konflikt zusteuert. Sie sind der Meinung, dass man Gemeinsamkeiten und Kompromisse finden muss, um das große Ganze zusammenzuhalten. Dann gibt es die zweite Gruppe, die nicht an Kompromisse glaubt, sondern radikale Tendenzen in der Gesellschaft auslöschen und vernichten will.

Wäre Frankreich ein geeignetes aktuelles Beispiel, um diese These zu untermauern?

Ja, gehen wir von Frankreich aus. Die Sozialisten vertreten die erste Strömung – sie wollen Lösungen für die Radikalisierung finden und gefährdete Menschen nach Möglichkeit integrieren. Der Front National hingegen vertritt die zweite Strömung. Er sagt, dass es unmöglich ist, solche Menschen zu integrieren, weil es keinen gemeinsamen Nenner gibt. Er fordert daher, dass diese Menschen in Frankreich keinen Platz haben und woanders leben sollen. Diese Entwicklung wird meiner Meinung nach irgendwann zu einer Art Krieg in Europa führen. Die zunehmende Radikalisierung des Islam und der Gesellschaft lässt keinen anderen Schluss zu.

Wie kommt es, dass amerikanische Großstädte stolz sind auf ihre Parallelgesellschaften, die sich „China Town“ oder „Little Italy“ nennen, und damit sogar werben, in Europa hingegen eine ganz andere Skepsis herrscht? Liegt es an den Communities in Europa? Liegt es am Islam?

Das höre ich oft. Europa ist aber nicht die USA, das muss man ganz deutlich sagen. Die USA haben eine Wahl getroffen und erlauben es ihren Parallelgesellschaften, abgeschottet zu leben. Europa ist anders organisiert und pocht auf Integration. In Europa verfolgt man eine Politik, wonach es allen relativ gut geht. Dafür müssen sich aber auch alle an dieselben Regeln halten. Lassen wir die Fakten sprechen. Das Problem ist natürlich die Religion. Randbezirke, wo etwa Roma und Sinti leben, gab es in Ländern wie Frankreich und Spanien schon immer. Ab und an passierten dort seltsame Dinge, aber das war im Wesentlichen kein großes Problem. Jetzt beobachten wir aber eine gezielte Ausbreitung einer Religion, nämlich des Islam. Und zwar des politischen Islam. Mit der Ausbreitung dieses politischen Islam begannen die Probleme. Ich wiederhole: Dabei handelt es sich nicht um ein natürliches Wachsen einer Religion, sondern um eine kalkulierte politische Verbreitung. Natürlich sind nicht alle Muslime in Europa radikalisiert. Das ist auch einer der Gründe, warum wir gerade in einem Dilemma stecken.

„Die USA haben eine Wahl getroffen und erlauben es ihren Parallelgesellschaften, abgeschottet zu leben. Europa ist anders organisiert und pocht auf Integration.“

„Mit der Ausbreitung dieses politischen Islam begannen die Probleme. [...] Dabei handelt es sich nicht um ein natürliches Wachsen einer Religion, sondern um eine kalkulierte politische Verbreitung.“

Denn die Religion der Menschen können wir nicht angreifen – obwohl wir wissen, dass hinter der Ausbreitung des Islam politische Interessen stecken. Daher wissen wir in Europa nicht so recht, was wir tun sollen. Diese Entwicklung führt aber zu Sicherheitsproblemen. Wohin soll das noch führen?

Sagen Sie es. Wohin soll das führen?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass jede Ideologie eine ähnliche Entwicklung hat. Wie bei den Menschen. Man wird geboren, wächst, lebt und stirbt. So ist es auch bei Ideologien. Sie entstehen, breiten sich aus und verschwinden wieder. Das hat man beim Nationalsozialismus, beim Faschismus und beim Stalinismus gesehen. Beim Islamismus befinden wir uns gerade in der Aufstiegsphase. Das wird noch eine Weile so weitergehen, möglicherweise bis zu einem Krieg. Auch der Faschismus konnte nur durch einen Krieg beendet werden.

Den Krieg haben Sie vorhin schon erwähnt. Muss es wirklich zwangsläufig dazu kommen? Was macht Sie so sicher?

Anfangs hätte man das Problem noch ohne Krieg und ohne Waffen lösen können, nämlich politisch. Aber wir haben zu lange gewartet. Die Politik in Europa weiß derzeit nicht, wie sie mit diesem Problem umgehen soll. Sie ist ratlos. In Ländern wie etwa Algerien, Ägypten und Tunesien gibt es keine nennenswerten demokratischen Strukturen, dort herrschen das Militär und die Polizei. Das ist Alltag, die Menschen kennen das. Daher kann es dort auch jederzeit zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen, was ja auch immer wieder passiert. In Europa hingegen ist das undenkbar, hier würden die Menschen Militärdiktaturen und Polizeiwilkkür nicht mitmachen. Die Menschen sind an Demokratie gewöhnt, daher braucht es hier demokratische Lösungen. Nur leider gibt es niemanden, der diese Lösung hat.

Und ohne demokratische Lösungen ist Krieg die logische Folge?

Soweit könnte es kommen.

Sie haben auch keine Idee für eine demokratische Lösung?

Ideen werden immer wieder vorgebracht, einige von ihnen sind moralisch inakzeptabel. Jene in den USA beispielsweise, wo versucht wird, Probleme militärisch zu lösen. Aber die USA will nun einmal, dass Kriege nicht in den USA oder Europa stattfinden, sondern in Ländern wie Syrien, wo der Radikalismus seinen Ursprung hat und von wo aus diese Strömungen gesteuert werden. Das ist die amerikanische Lösung. Auch die Europäer wollen keinen Krieg in Europa haben und versuchen daher, Länder wie Algerien und Ägypten militärisch zu unterstützen. Das muss man ebenfalls moralisch verurteilen, weil es für die Islamisierung Europas politische Lösungen braucht, keine militärischen. Nehmen wir den Krieg in Syrien: Europa hilft unter anderem den Türken und Kurden dabei, die aus Europa in den Krieg gezogenen Dschihadisten zu bekämpfen – denn dann sterben die Islamisten dort. Hauptsache, der Krieg ist weit weg. Solange der Krieg nicht auf europäischem Boden stattfindet, kann man intelligente Lösungen finden, die wir, wie gesagt, noch nicht gefunden haben.

Aber wie könnte so eine intelligente politische Lösung aussehen? Haben Sie gar keinen Vorschlag?

Derzeit gibt es keine politische Lösung in Europa. Ich habe auch keine zu bieten. Ein großes Problem ist, dass Europa den Islam und die Gefahren, die von ihm ausgehen, nicht kennt. In Europa mangelt es an Spezialisten, die sich in praktischen Belangen auskennen. Es wird in dieser Hinsicht zwar geforscht, aber zu wenig. In Europa gibt es eine Ausprägung des politischen Islam, die anders ist als der politische Islam in arabischen Ländern oder jener in den USA. Früher kamen Tunesier und Algerier nach Europa und nahmen den Islam mit, heute konvertieren Europäer zum Islam und ziehen in den Dschihad. Hier wurde etwas gepflanzt, was wächst und zum Problem werden wird.

„Ein großes Problem ist, dass Europa den Islam und die Gefahren, die von ihm ausgehen, nicht kennt. In Europa mangelt es an Spezialisten, die sich in praktischen Belangen auskennen. Es wird in dieser Hinsicht zwar geforscht, aber zu wenig.“

Boualem Sansal

ist einer der bekanntesten französischsprachigen Schriftsteller und ein anerkannter Religionskritiker. Er ist promovierter Volkswirt und arbeitete zuvor im algerischen Industrieministerium. Nach Veröffentlichung seines ersten Romans „Der Schwur der Barbaren“, für den er mit dem „Prix du Premier Roman“ ausgezeichnet wurde, wurde er als Direktor im algerischen Industrieministerium entlassen. 2011 wurde Sansal mit dem „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ ausgezeichnet. 2015 erschien seine viel diskutierte Dystopie „2084“. Für diesen Roman erhielt er den renommierten französischen Literaturpreis „Grand Prix du Roman“. Derzeit lebt er in Algerien.

Gunnar Heinsohn



Gunnar Heinsohn sieht vor allem den Unterschied im Bildungsgrad als entscheidend für das Entstehen von Parallelgesellschaften. Er warnt davor, dass der Frieden nach innen und die Wettbewerbsfähigkeit nach außen in Gefahr sind, wenn mehr unqualifizierte Personen als benötigt einwandern.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Lassen Sie es mich anhand eines Beispiels versuchen: Ein warmes Frühlingswochenende überstrahlt das Benchmark-Projekt für Integration. Zwei Gruppen von je 500 Alteingesessenen sind auf Kosten der Behörde in den schönen Hotels der Altstadt untergebracht. In allen Restaurants, Theatern, Kinos und Museen können sie mit unbegrenzt verfügbaren Vouchern bezahlen. Die beiden Gruppen haben helle Gesichter und blonde bis brünette Haare. Sie gehören derselben christlichen Konfession an. Es gibt auf jeder Seite gleich viel unverheiratete Männer und Frauen. Sie kommen aus unterschiedlichen Landesteilen und kennen einander bislang nicht. Sie pflegen – allerdings mit unterschiedlichen Dialektfärbungen – durchweg Deutsch als Muttersprache. Ihr Alter zwischen 20 und 30 Jahren garantiert die erwünschte Unternehmungslust und Aufgeschlossenheit. Fünf Jahre nach dem herrlichen Wochenende wird der Integrationserfolg gemessen. Wie viele aus der einen Gruppe gehen mit Mitgliedern der anderen Gruppe zum Essen, in Konzerte oder zu Sportereignissen? Wie viele kommunizieren in Social Networks? Sind gemeinsame Start-ups gegründet geworden? Wie viele von ihnen haben Paare gebildet oder sind gar miteinander verheiratet und fahren mit ihren noch kleinen Kindern gemeinsam auf Urlaub? Liegt die Trennungsrate über dem Durchschnitt oder sind sie glücklicher als die meisten?

„Diese Kampfbegriffe wie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erhellen wenig und sollen diejenigen zum Schweigen bringen, die das Scheitern der Politik offenbaren: Bildungsferne und Hochqualifizierte integrieren sich nicht – in Istanbul oder Damaskus ebenso wenig wie in Paris [...].“

Spannende Fragen. Jetzt bin ich wirklich gespannt.

Das Ergebnis gibt Rätsel auf. Auf fast alle Fragen gibt es Null-Ergebnisse. Die beiden Gruppen bleiben in Parallelgesellschaften und getrennten Wohnvierteln. Ein paar kurze Liebschaften und sogar ein paar damit verknüpfte Handgreiflichkeiten werden erhoben. Einige Mitglieder der zweiten Gruppe sind Patienten bei Ärzten aus der ersten Gruppe. Aber eine Integration im persönlichen Bereich hat nicht stattgefunden. Nach langem Suchen wird ein oberflächlich nicht erkennbarer Unterschied zwischen beiden Gruppen entdeckt. Nach noch mehr Zeit und viel Zögern wird er schließlich auch bekannt gegeben. Die 500 Testpersonen der ersten Gruppe hatte man aus einer Datei aktueller und ehemaliger Exzellenzstudenten gezogen, während die 500 der zweiten Gruppe einer Schulabbrecher-Datei entnommen wurden. Aus der Kompetenzdifferenz ließen sich die erhobenen Befunde ohne Schwierigkeiten erklären. Ethnisch, religiös und sprachlich optimale Passungen führten keineswegs zu Integration.

„Selbstverständlich gelingt auch in Österreich oder Deutschland auf den hohen Bildungsstufen Integration zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen. Diese Fälle bleiben nur deshalb selten, weil die Bildungsniveaus zwischen beiden Gruppen weiter auseinanderdriften.“

Das heißt, nicht Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus haben die Gruppen getrennt, sondern ihr jeweiliger Bildungsgrad?

Diese Kampfbegriffe wie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erhellen wenig und sollen diejenigen zum Schweigen bringen, die das Scheitern der Politik offenbaren: Bildungsferne und Hochqualifizierte integrieren sich nicht – in Istanbul oder Damaskus ebenso wenig wie in Paris, London oder New York. Würden die Regierungen in Wien oder Berlin tatsächlich einmal nationale Gipfel einberufen, um kernösterreichische bzw. kerndeutsche Exzellenzstudenten mit Schulversagern derselben Herkunft zu integrieren, erhöhe sich in beiden Republiken ein homerisches Gelächter. Umgehend wäre der Leerlauf solcher Vorhaben begriffen und erledigt. Verkünden beide Ämter jedoch den nächsten Gipfel zur Integration kernösterreichischer bzw. kerndeutscher Exzellenzstudenten mit ausländischen Schulversagern würde jeder Spötter stante pede mit Rufmord überzogen. Weil niemand als ewig Verfechter im Internet landen will, folgt angstvolles Schweigen. Bringt man jedoch irgendwo zwischen Alaska und Neuseeland zwei 500er-Gruppen von Könnern aus beliebig vielen Kulturkreisen zusammen, die wenigstens eine Sprache, gewöhnlich also Englisch, gemeinsam beherrschen, stellen sich Integrationserfolge – bis hin zum gemeinsamen Führen von Parteien, Unternehmen, Zeitungen und Familien – selbst dann ein, wenn sie ohne professionelle Helfer erreicht werden müssen. Diese Sozialarbeiter würden sogar als peinlich und störend empfunden, wenn sie mit ihren Klienten intellektuell nicht mithalten können. Natürlich gibt es im Topsektor Konkurrenz zwischen Alten und Neuen. In die können sich auch ethnische Schärfen einlagern. Doch Wettbewerb gibt es selbstredend auch zwischen Einheimischen, seien sie nun Manager oder ihre Untergebenen.

Gehen wir nun konkret von Österreich und Deutschland aus...

Selbstverständlich gelingt auch in Österreich oder Deutschland auf den hohen Bildungsstufen Integration zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen. Diese Fälle bleiben nur deshalb selten, weil die Bildungsniveaus zwischen beiden Gruppen weiter auseinanderdriften. Schon seit 1955 belasten deutsche Politiker – gegen den Willen von damals 55 Prozent der Einheimischen – ihre Nationalökonomie, um einzelnen Unternehmern die Überlebensfrist durch das Anwerben schlecht bezahlter Gastarbeiter zu verlängern. Österreich folgte mit einer ähnlichen Politik für allerdings etwas besser Qualifizierte im Jahr 1966. Während die Firmen verschwinden können, erweisen sich die Geholten als Bürger mit Sozialhilfeanspruch sowie dem unantastbaren Menschenrecht auf Familienleben. Scheitern sie auf dem Arbeitsmarkt, muss ihre Existenz aber von der Gesamtheit – und nicht von den dazumal Begünstigten – bezahlt werden. Schon bei

PISA 2006 lag aufgrund dieser Einwanderungspolitik der Migrantennachwuchs in Deutschland und Österreich tiefer unter den Leistungen der Alteingesessenen als in den übrigen untersuchten 56 Ländern. Kanada dagegen wurde beim selben Test zum ersten Land, in dem Migrantenkinder die einheimischen schulisch übertrafen. Dort entscheidet – nach ähnlichen Fehlern wie in Österreich und Deutschland – seit dem „Immigration Act“ von 1976 nicht der aktuelle Firmenbedarf über die Einwanderung, weil ein schnell Angelernter auch dann seine Ansprüche gegen die Allgemeinheit behält, wenn seine Arbeit mechanisiert worden ist. Der „Immigration and Refugee Protection Act“ (IRPA) von 2002 fordert von Neuankömmlingen grundsätzlich Überqualifizierung, weil man von oben nach unten – von Pilot auf Taxifahrer – lernen kann, aber nicht umgekehrt. Aktueller ökonomischer Bedarf wird keineswegs übergangen, aber nachrangig bedacht, weil die globale Position durch erst in der Zukunft entstehende Firmen verteidigt wird, deren Bedarf naturgemäß unbekannt ist. Deshalb wird nicht eine bestimmte Fertigkeit, sondern Innovationsfähigkeit gesucht, die dann natürlich auch die Integration erleichtert.

Das heißt, dass europäische Staaten unter allen Umständen gut beraten sind, nach Möglichkeit nur noch hoch qualifizierte Personen einwandern zu lassen?

In allen Nationen ist Kompetenz knapp, während aufgrund immer stärkerer IT-Steuerung fast aller Prozesse die Nachfrage nach ihr wuchtig steigt. Zugleich haben alle Nationen mehr Unqualifizierte, als sie benötigen. Wer dennoch weitere von ihnen ins Land holt, gefährdet nach innen den Frieden und nach außen die Wettbewerbsfähigkeit. Solche Fehler der Einwanderungspolitik kann keine Integrationspolitik reparieren. Das wird mit Zahlen belegbar, als etwa Deutschland bei PISA 2012 erstmals detailliert erfasste, wie groß die integrationshindernden Leistungsunterschiede bereits waren. Man hat dafür die ausschließlich in der Bundesrepublik aufgezogenen Immigrantenkinder (sogenannte zweite Generation) gesondert vom altdeutschen Nachwuchs erfasst. Von 1.000 Migrantenkindern schnitten 75 in Mathematik sehr gut oder gut ab. Sie wurden aber von den Altdeutschen mit 221 auf 1.000 massiv übertroffen. Unten endeten 508 von 1.000 Migrantenkindern, aber „nur“ 299 von den Alteingesessenen mangelhaft, ungenügend oder gar unbenotbar schlecht in Mathematik. Wie sehr dadurch das Gesamtniveau heruntergezogen wird, zeigt der globale Schülervergleichstest in Mathematik (TIMSS). Deutsche Viertklässler, die 2007 den 12. und 2011 nur noch den 16. Platz erreichten, mussten sich 2015 mit Platz 24 begnügen. Der Anteil der Top-Performer, die später die Innovationen bringen, lag bei nur noch 5,3 Prozent (gegen 50,1 Prozent in Singapur oder 16,6 Prozent in England). Österreich endete schon 2011 auf einem alarmierenden 23. Platz und trat 2015 dann gar nicht erst an.

Kann man sagen, dass kein Befund aus der Integrationsforschung so niederschmetternd ist wie dieses Leistungsfiasko?

Ja. Schließlich gehört es zu Westeuropas Staatsräson, dass jeder prinzipiell alles lernen kann, wenn er von der Krippe bis zum Doktorhut kostenlos ein modernes Erziehungssystem durchlaufen kann. Allerdings lösen auch in Österreich und Deutschland die Erziehungswissenschaftler ihre Erfolgsversprechen nicht ein. Wie die Mediziner bisher kein Heilmittel für Krebs vorweisen können, so fehlt den Pädagogen immer noch ein Verfahren für die Überwindung der Mathematikschwäche. Wer das entdeckt, wird zum reichsten Menschen der Welt. Bis dahin werden immer mehr Länder nur Leute hineinlassen, die vor Überschreiten der Grenze ihre kognitiven Fähigkeiten nachgewiesen haben. Da niemand das Stigma des Versagers dauerhaft aushalten kann und deshalb jeder Mensch immer Sieger bleiben und nicht verrückt werden will, wird gerade am Leistungsende nach geborgter Größe gegriffen. Die mag sich bei Hiesigen in großdeutschen Bewegungen manifestieren und bei Muslimen die Todesbereitschaft für ein altmächtiges Kalifat beflügeln. Den Kollektivmitgliedern gerät aber gerade die so gewonnene Kraft zum Mittel im Kampf gegen andere Kollektive mit ihren Gegenidolen. Integration gelingt deshalb gerade dort am schlechtesten, wo aus intellektuellem Versagen geborene Identitäten aufeinanderstoßen. Bei Oben-Oben gibt es auch ohne Hilfe Integration zwischen Fremden, bei Oben-Unten bleibt sie aus, bei Unten-Unten ist Streit vorprogrammiert.

„Doch wenn die Scheiternden ihren Neidzorn auf die Erfolgreichen mit harten Sprüchen aus ihren heiligen Texten aufladen, verstärken sie die Angst auch vor solchen Anhängern ihres Glaubens, die niemanden bedrohen.“

Streit und auch Tendenzen wie Radikalisierungen ...

Dabei werden nicht unterschiedliche Gottheiten zum Problem. Doch wenn die Scheiternden ihren Neidzorn auf die Erfolgreichen mit harten Sprüchen aus ihren heiligen Texten aufladen, verstärken sie die Angst auch vor solchen Anhängern ihres Glaubens, die niemanden bedrohen. Gerade Letztere sind rar, während die anderen reichlich zur Verfügung stehen. So schnellte in Deutschland die Zahl der Ausländer, die Sozialhilfe beziehen, von 130.000 im Jahr 2010 auf 979.000 im Jahr 2015 nach oben. Mittlerweile (2016) leben zwischen Rhein und Oder 42 Prozent bis 78 Prozent der Muslime von Hartz IV. Nur jeder Siebte der seit 2015 Kommenden ist auf Arbeitsmärkten vermittelbar. 53 Prozent der Deutschen und sogar 65 Prozent der Österreicher wollen mittlerweile überhaupt keine Muslime mehr über die Grenze lassen.

Sie haben vorhin Singapur erwähnt. Welche Strategien verfolgt Ostasien in diesem Zusammenhang?

Singapur hat global nicht nur die höchste Dichte an Mathe-Könnern, sondern hält mit 43 Prozent Fremdgeborenen in seiner – zu 14 Prozent muslimischen und zugleich terrorfreien – Bevölkerung auch einen Weltspitzenplatz bei der Migrantenquote. Offenheit gegenüber Menschen, die sich gute Zensuren erarbeitet haben, hält diese Stadtrepublik vorne, obwohl sie bei der Fruchtbarkeit mit 0,82 Kindern pro Frauenleben weltweit den letzten Platz einnimmt (Deutschland: 1,44; Österreich: 1,47).

Selten verkünden Unternehmer, dass sie auf Ungelernte umstellen, weil es hehrere Werte gebe als wirtschaftliches Überleben. Unter Politikern hingegen gibt es ein veritables Rennen, wer es mit höheren Werten als Erster in die Medien schafft. Ihre ostasiatischen Kollegen verstehen zumeist, dass gerade sie von erfolgreichen Firmen leben. Deshalb hat Singapurs chinesischer Erfolgsbegründer Lee Kuan Yew (1923–2015) das Klügermachen der Gesamtbevölkerung zum obersten Staatsziel erhoben. Offensichtlich kann das klappen, wenn man klein genug ist und früh damit anfängt. Zusätzliche Lehren kommen aus ostasiatischen Ländern, die bei den Geburtenraten ebenfalls noch unter Westeuropa liegen und dennoch fast niemanden hereinlassen. So gewährte Japan 2015 nur 27 Menschen Asyl. Südkorea akzeptierte zwischen 1994 und März 2016 insgesamt 588 bzw. 27 Asylanträge pro Jahr. Unter 1,382 Milliarden Chinesen leben nur 583 anerkannte Flüchtlinge. Hier bestätigt sich einmal mehr, dass unauffällig bleibt, wer gar nichts tut. Wer hingegen hilft, tut immer zu wenig: Warum stoßt ihr plötzlich Millionen zurück, obwohl ihr gerade gezeigt habt, dass ihr durchaus Millionen unterbringen könnt?

Dann versucht Ostasien ganz konkret, aus den Fehlern bzw. Erfahrungen Europas zu lernen?

Ostasiaten beobachten vor allem das deutsche Experiment sehr genau. Das bundesweite Schulversager-Drama kann sie zur Nachahmung nicht verführen. Sie verstehen, dass jedes hereingelassene Kind mit schlechteren Durchschnittsnoten den Durchschnitt in der schulisch überlegenen neuen Heimat nur senken kann. Zwar hat auch Ostasien keine überzeugenden Lösungen für die Versorgung der Alten. Gleichwohl hatte das – innovativ langsam schwächer werdende Japan – mit dem höchsten Durchschnittsalter aller Industrieländer (46,9 Jahre) pro 100 Milliarden US-Dollar Bruttosozialprodukt im Jahr 2014 bald dreimal so viele internationale Patentanmeldungen wie die Bundesrepublik mit ihrem immer noch sehr respektablen vierten Rang (hinter Südkorea, Japan und China). Schon 2014 kamen rund 60 Prozent der Patente aus Ostasien, 22,9 Prozent aus Nordamerika und nur noch 12,9 Prozent aus Europa – nach noch 20,5 Prozent im Jahr 2004. Man lernt von den Europäern, dass junge Schulversager aus der Fremde von den rentenklammen Alten noch mitversorgt werden müssen, ihre Probleme also vergrößern, statt zu lindern. Die 1,5 Billionen Euro allein aus Berlin für die womöglich lebenslange Versorgung der Millionen Zuwanderer und Familiennachzügler der Jahre 2015 bis 2020 registriert man ein Stück weit auch mit Schadenfreude. Dasselbe gilt für die 5,3 Billionen Dollar, die in Amerika über 50 Jahre hinweg für 3,7 Millionen illegale und überwiegend bildungsferne Migranten (Stand 2013) errechnet werden. Vergleichbare Mittel kann Ostasien nämlich für die Verbesserung seiner Konkurrenzfähigkeit einsetzen und nebenher die Entstehung friedloser Parallelgesellschaften vermeiden. Japans Roboterdichte liegt auch deshalb doppelt so hoch wie die deutsche, weil man kluge Alte mit smarten Maschinen partiell ersetzen kann, mit unqualifizierten Einwanderern aber niemals.

Trauen Sie sich, eine Prognose in diesem Bereich zu stellen? Wie werden sich Parallelgesellschaften künftig entwickeln, welche denkbaren Szenarien bzw. Dystopien gibt es?

Ostasiens Weisheit, lieber mit wenigen gut Qualifizierten durch das Geburtental zu gelangen, als den raren Leistern auch noch Versorgungslasten für bildungsferne Fremdrebeln aufzuhalsen, kommt für Westeuropa womöglich zu spät. Außer Großbritannien – und mit Einschränkungen auch Dänemark – ist kein EU-Land auf die Menschen vorbereitet, die sich bis 2050 hier ansiedeln wollen: Nach Erhebungen von 2009 streben momentan rund 625 Millionen Menschen nach Europa. Allein aus Schwarzafrikas Einwohner-Milliarde sind 380 Millionen dabei. Unter der optimistischen Annahme, dass die 2009er-Prozentsätze stabil bleiben, wollen 2050 sogar 1,2 Milliarden aus durchweg schwach qualifizierten Räumen hierher.

*Welchen Ratschlag würden Sie angesichts dieser
Aussicht europäischen Staaten geben?*

Staaten ist schwer zu raten, Individuen aber können Druck machen, wenn sie sich in genügender Anzahl so bewegen, dass es wehtut. Das erreichen sie am ehesten dadurch, dass sie ihre Innovationsfähigkeit und Steuerkraft außer Landes bringen und der Konkurrenz zur Verfügung stellen. Opfert euch für Rentner, Fremde und den Euro, lautet die Dauerbotschaft an junge Leute in Deutschland und Österreich, die als Ledige – neben den Belgiern – schon jetzt die höchsten Steuern der Welt zahlen. Um sie werben Kompetenzfestungen – Ostasien, ehemalige britische Kronkolonien (Australien, Kanada, Neuseeland), Norwegen, Schweiz und nach dem Brexit auch England –, die eifersüchtig über ihre Grenzhöhe wachen. Sie geben Pässe nur an Asse, achten also auf hohe Lernfähigkeit ihrer Alt- und Neubürger. Das garantiert ein tragbares Verhältnis zwischen den Hilflosen und den Leistern, die für sie zahlen. Die Austrocknung von islamistischem Terror und seinen Quellen betreiben sie nicht allein um des inneren Friedens willen, sondern auch um Standortvorteile gegenüber der bereits angezählten Konkurrenz zu gewinnen. Wenn man in Montreal die Durchsetzung eines muslimischen Schweinefleischverbotes unterbindet, während Deutschland oder Österreich längst damit begonnen haben, ist das Signal an Europa deutlich: Wir brauchen euch und wenn ihr etwas könnt, gibt es hier ein Leben, das in eurer Heimat unmöglich wird.

*Das heißt: Weil das Ziel dieser Länder darin
besteht, global die Nase vorne zu behalten, darf
Rassismus für sie kein Auswahlkriterium sein?*

Wenn ein Hochqualifizierter an die Grenze käme und aufgrund von Pigmentierung oder Gesichtsschnitt von den Beamten abgelehnt werden würde, wäre das nicht nur moralisch verwerflich, sondern obendrein ein Schaden für das Land. Wenn ein Schulversager hereingelassen würde, weil bei ihm Augenstellung oder Hautfarbe gefallen, gilt dasselbe. Wer seine Schularbeiten macht, überwindet Grenzen. Kompetenzfestungen können ihren Bürgern 75 statt 50 Prozent des Verdiensts in der Tasche lassen. 300.000 Deutsche etwa, die es bis 2014 in die Schweiz schafften, halfen der kleinen Demokratie bei der Verteidigung ihres Platzes an der Weltspitze. Die Kantone liegen mittlerweile so deutlich vor dem nördlichen Nachbarn, dass ihre Hightech-Exporte pro Kopf 275 Prozent der deutschen Leistung erreichen. Bei der talentbasierten Konkurrenzfähigkeit insgesamt erreicht die Schweiz 2017 vor Singapur und Großbritannien die Weltspitze, während Deutschland und Österreich auf den Plätzen 17 und 18 zu kämpfen haben.

Tendenz sinkend?

Wenn die beiden Länder im „global war for foreign talent“ nicht bald ganz weit nach vorne kommen, ist ein weiterer Abstieg unvermeidlich. Sie stehen 2017 bei der kognitiven Kompetenz nur noch auf den Plätzen 26 (Deutschland) und 31 (Österreich). Zwar erreichten sie bei der Attraktivität für fremde Köpfe bessere Plätze (Österreich: 19, Deutschland: 20), aber für ein spürbares Aufholen ist das viel zu wenig. Weil deshalb auf die Leister immer höhere Versorgungslasten für Hilflose entfallen, werden sie noch mehr entmutigt. Sie schauen sich deshalb nach Ländern um, in denen sie eher auf ein Leben ohne Terror und ein Alter ohne Not rechnen können. Die hier noch am ehesten etwas ändern könnten, haben es am wenigsten nötig, weil man in Dutzenden Ländern mit offenen Armen auf sie wartet.

*Sind angesichts der aktuellen bzw. bevorstehenden
demografischen Entwicklungen auch irgendwelche
positiven Szenarien denkbar?*

Der Umzug hiesiger Eliten in ferne Kompetenzfestungen bewirkt, dass bildungsferne Minderheiten – zuerst nur in bestimmten Vierteln und dann in ganzen Städten (etwa Birmingham, Malmö, Rotterdam etc.) – so zahlreich werden, dass sie Karrieren für ihre eigenen Köpfe bereitstellen können. Deren an sich vorhandene Eingliederungsfähigkeit kommt dann Parallelgesellschaften zugute. Dabei hilft ihnen ihre Jugendlichkeit: Während christliche Europäer 2010 ein Durchschnittsalter von 42 Jahren aufwiesen, lag es bei ihren muslimischen Mitbürgern bei nur 32 Jahren. In Deutschland war schon vor einem Jahrzehnt ein Viertel der Muslime (von den nahöstlichen sogar ein Drittel), aber nur ein Zehntel der Alteingesessenen jünger als 15 Jahre. Und wer die Kinder hat, bekommt längerfristig auch das Land. Diese demografische Umformung mag zu durchaus produktiven Konkurrenzen führen. Was heute als „Eurabia“ gefürchtet oder gar verfemt wird, könnte durch unermüdliches Leisten und Innovieren den abfälligen Terminus in einen Ehrennamen verwandeln. Wer sich bis dahin in Kompetenzfestungen geflüchtet hat, mag dann in die ja niemals leichten Herzens aufgegebenen Heimat zurückfinden. Dass Anzeichen für eine solche Wende bisher fehlen, beweist nicht, dass sie unmöglich ist.

*„In Deutschland war schon vor
einem Jahrzehnt ein Viertel der
Muslime (von den nahöstlichen
sogar ein Drittel), aber nur ein
Zehntel der Alteingesessenen jünger
als 15 Jahre. Und wer die Kinder
hat, bekommt längerfristig auch
das Land.“*

Gunnar Heinsohn

ist einer der bekanntesten deutschen Wirtschaftswissenschaftler und emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen. Derzeit lehrt er Militärdemografie am NATO Defense College in Rom und Eigentumsökonomie am Management-Zentrum St. Gallen. 2003 veröffentlichte er sein Buch „Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen“.

Necla Kelek



Necla Kelek beschreibt parallelgesellschaftliche Strukturen von Muslimen in Europa als ethnische und religiöse Gruppen, die sich selbst aus der Mehrheitsgesellschaft ausgrenzen. Sie warnt davor, dass Personen in solchen Gemeinschaften oftmals individuelle Freiheitsrechte vorenthalten werden. Vor allem Kinder, Frauen und Bräute leben in diesen unter dem Diktat von Männern und ihren Familien.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Historisch betrachtet sind die ersten Parallelgesellschaften in Europa die Judengassen, das Ghetto in Venedig, die Shtetl in Osteuropa. Jüdische Gläubige wollten nicht mehr als tausend Schritte von der nächsten Synagoge wohnen und man wies den Juden besondere Wohnviertel zu, weil man mit ihnen nicht zusammenleben wollte. Es fand eine Segregation oder auch Selbstaussgrenzung aus religiösen, ethnischen oder sozialen Gründen statt. Dieser Rückzug war oft – musste aber nicht – räumlich sein. Im Ergebnis wurden Minderheiten in bestimmten Gebieten zur kulturell bestimmenden Gruppe, die meist eine monokulturelle Identität hatten, sich vom sozialen Leben der Mehrheitsgesellschaft abgrenzten, meist in eigenen Wirtschaftszusammenhängen lebten, eigene gesellschaftliche Strukturen schufen und nach eigenen Gesetzen lebten. Heute ist es besonders augenfällig bei den Chassidim, den Satmar Juden in New York Williamsburg. Die amerikanische Schriftstellerin Deborah Feldmann beschreibt in ihrem Buch „Unorthodox“ diese Welt als eine Gesellschaft, die in einer modernen Stadt nach den Geboten, sogenannten Mitzwots, des mittelalterlichen orthodoxen Judentums leben und die Gesetze der USA ignorieren.

Kommen wir zu den Muslimen in Europa...

Wir sprechen in der Debatte um Integration von Muslimen in Europa, von parallelgesellschaftlichen Strukturen oder auch

„Wer nur die Welt der Moschee, des Hinterzimmers und des geschlossenen Vorhangs kennt, wer keine anderen Freunde außer Verwandte und Bekannte der Familie und Moschee hat, weiß nichts von der Welt draußen und kann ein leichtes Opfer von Rattenfängern oder Heilspredigern werden.“

von Gegengesellschaften. In der Regel sind es ethnische und religiöse Gruppen, die sich selbst aus der Mehrheitsgesellschaft ausgrenzen. Solange es sich um kleine Gruppen, Gemeinden oder Sekten handelt, sind sie außerhalb der öffentlichen Erörterung – solange sie sich an die Gesetze halten oder nicht auffällig sind. So gibt es in Berlin beispielsweise eine große Gruppe von Vietnamesen, die völlig geschlossen unter sich leben und von deren Leben nichts bekannt ist. Bei unserem Gegenstand der Debatte um Parallelgesellschaften handelt es sich meist um muslimische oder orientalische Communities oder Clans. Diese beanspruchen, nach eigenen Vorstellungen zu leben, und verlangen in einigen Bereichen, dass ihre religiösen Regeln und Traditionen von der Mehrheit akzeptiert werden und sich danach richtet wird. So sollen zum Beispiel während des Ramadan die Schulkantinen geschlossen und keine Klassenarbeiten geschrieben oder in der Universität Gebetsräume für Muslime eingerichtet werden. Im Kern geht es darum, dass die individuelle Religionsfreiheit als Gruppenrecht anerkannt wird.

„Wer in unseren Ländern lebt und nicht Deutsch spricht, kann am gesellschaftlichen Leben nicht teilnehmen. Er kann seine Freiheits- und Bürgerrechte nicht wahrnehmen. Deshalb sollten wir darauf drängen, dass jeder die Sprache erlernt.“

Welche Organisationsformen von, wie Sie sagen, parallelgesellschaftlichen Strukturen gibt es?

Unterschiedliche. Da gibt es zum Beispiel die Moscheegemeinde, die nach orthodoxen Geboten ihre Umma organisiert. Da wird von alltäglichen Dingen wie Lebensmittel- oder Hochzeitsläden bis zur Beerdigung alles organisiert. Die Gemeindemitglieder sind unter sich, haben kaum Kontakt zu ihrer deutschen oder österreichischen Umgebung. Selbst Streitigkeiten werden nach Scharia- oder Stammesrecht von „Friedensrichtern“ geregelt. Die Gemeindemitglieder kontrollieren sich gegenseitig im Sinne der Umma. Oder die arabisch-kurdischen Familienclans, die um die Vorherrschaft in Stadtteilen wie Berlin-Neukölln oder Berlin-Wedding wetteifern, das legale wie illegale Wirtschaftsleben beherrschen und gegenüber der Polizei und Justiz geschlossen auftreten. Streitigkeiten werden mit Friedens- oder Scharia-Richtern geregelt.

Werden wir etwas allgemeiner: Wo liegen die generellen Probleme bzw. Gefahren von Parallelgesellschaften?

Wer in eine solche Gemeinschaft hineingeboren oder verheiratet wird, dem werden oft die individuellen Freiheitsrechte vorenthalten. Die Älteren – Väter, Mütter, Onkel, Tanten, Brüder – bestimmen, wie das Mädchen oder der Junge zu leben hat, ob und wie lange es zur Schule geht, wann und wen es heiratet, ob sie Kopftuch tragen muss oder das Haus verlassen darf. Kinder, Frauen, Bräute leben unter dem Diktat, wie ein Besitz von Männern und ihren Familien. In solchen Strukturen gelten oft die Grundrechte für den Einzelnen nicht.

Welchen Zusammenhang kann es zwischen Parallelgesellschaften und Radikalisierung geben? Oder anders gefragt: Begünstigen Parallelgesellschaften Radikalisierungen?

Radikalisierung kann immer dann stattfinden, wenn der Kontakt zum sozialen Umfeld außerhalb der Familie oder des Clans verloren geht. Wer nur die Welt der Moschee, des Hinterzimmers und des geschlossenen Vorhangs kennt, wer keine anderen Freunde außer Verwandte und Bekannte der Familie und Moschee hat, weiß nichts von der Welt draußen und kann ein leichtes Opfer von Rattenfängern oder Heilspredigern werden.

„Wir müssen sehr viel mehr als bisher unsere Werte und Prinzipien des Zusammenlebens als Maßstab propagieren. Freiheit gibt es nicht von selbst, sie muss erlernt und verteidigt werden.“

Welche Irrtümer bzw. Missverständnisse gibt es rund um Parallelgesellschaften?

Sie werden oft verharmlost. Man findet, dass es ein Recht und persönliche Freiheit ist, im Namen der mitgebrachten Kultur und religiös legitimiert, zum Beispiel Burka zu tragen oder Babys ein Kopftuch aufzusetzen. Man findet das pittoresk und sagt, Kritik daran sei Rassismus. Aber meiner Meinung nach kann jeder nach seiner Façon selig werden, solange die Grundrechte für jedes Mädchen und jeden Jungen, für jede Frau und jeden Mann gewährleistet sind. Der Staat sollte dabei eine schützende Rolle spielen.

Wie sehr darf oder soll sich die Regierung grundsätzlich in Gesellschaften einmischen, etwa bei Pflichten für frisch Zugewanderte?

Wer in unseren Ländern lebt und nicht Deutsch spricht, kann am gesellschaftlichen Leben nicht teilnehmen. Er kann seine Freiheits- und Bürgerrechte nicht wahrnehmen. Deshalb sollten wir darauf drängen, dass jeder die Sprache erlernt. Das kann man fördern und belohnen. Die Grünen und Linken haben in Deutschland ein Gesetz zu Fall gebracht, nachdem die Kenntnis von 300 Worten Deutsch Voraussetzung für die Familienzusammenführung war. Man argumentierte allen Ernstes, dieses Gesetz würde „Liebende trennen“. Jetzt kommen die Bräute aus der Türkei wieder nach Deutschland, ohne ein Wort zu verstehen.

Um einen Schritt weiterzugehen: Wie soll die Regierung mit bestehenden Parallelgesellschaften umgehen?

Wir müssen sehr viel mehr als bisher unsere Werte und Prinzipien des Zusammenlebens als Maßstab propagieren. Freiheit gibt es nicht von selbst, sie muss erlernt und verteidigt werden. Wir müssen die Bürgerrechte jedes Einzelnen und nicht die von Gruppen wie Islamverbänden stärken. Die meisten Migranten kommen nach Europa, weil ihre Gesellschaften gescheitert sind: politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich, menschlich. Sie können das Angebot der persönlichen Freiheit und Sicherheit annehmen. Sie müssen das aber zu den Bedingungen machen, die diese Freiheiten ermöglichen. Freiheit wollen und Unfreiheit leben geht aus meiner Sicht nicht. Wir sollten auch nicht „den Islam“ oder „die Syrer“ integrieren, sondern den einzelnen Flüchtling oder den einzelnen Syrer. Wir sollten Integrationspolitik für zukünftige Bürger unserer Demokratie machen. Gelingt es nicht, unsere Art des Zusammenlebens gemeinsam zu gestalten und zu leben, anstatt sie zu verschenken, wird die europäische Gesellschaft zerfallen – allein aus demografischen Gründen. In Hamburg hat inzwischen jeder zweite Bewohner einen Migrationshintergrund. Wenn wir die Zuwanderer nicht von den Werten Europas überzeugen und für unsere Art, zu leben und zu streiten, gewinnen, werden wir verlieren.

Wie kommt es, dass amerikanische Großstädte stolz sind auf ihre Parallelgesellschaften, die sich „China Town“ oder „Little Italy“ nennen, und damit sogar werben? In Europa hingegen eine ganz andere Skepsis herrscht? Liegt es an den Communities? Liegt es am Islam?

In Europa gilt im Gegensatz zu den USA das Sozialstaatsprinzip. Der Staat schützt und sorgt für den Einzelnen. Niemand hat in den USA Anspruch auf Krankenversicherung oder Grundversorgung. Die Bürger der USA sind vor allem darin frei, sich selbst zu helfen. Der Anspruch auf Gemeinsamkeit ist minimal. Man schwört auf die Verfassung und wäscht sich nach dem Toilettengang die Hände. Mehr Regeln gelten als Bevormundung. Die USA sind bei Muslimen auch nicht sehr beliebt, Europa bietet ihnen mehr.

Necla Kelek

ist Sozialwissenschaftlerin sowie Publizistin und eine der prominentesten islamischen Stimmen in Deutschland. Sie hat sich als Menschenrechtlerin und Kritikerin des autoritären Frauenbilds im traditionellen Islam einen Namen gemacht. Kelek wurde in Istanbul geboren und lebt in Berlin. Sie hat Volkswirtschaftslehre und Soziologie studiert. Ihre Bücher „Die fremde Braut“, „Die verlorenen Söhne“, „Bittersüße Heimat“ und „Himmelsreise“ haben die Debatte um Integration und den Islam in Deutschland nachhaltig geprägt. Sie wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, u. a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis 2005, dem Hildgard-von-Bingen-Preis 2009 und zuletzt dem Freiheitspreis 2011.

Magnus Norell



Magnus Norell sieht Parallelgesellschaften als Ergebnis einer bewussten Anstrengung, eine eigenständige Gesellschaft unabhängig von der Mehrheitsgesellschaft zu gründen. Dies kann wiederum zu Desintegration bzw. Auflösung des sozialen Zusammenhalts innerhalb einer Gruppe führen. Um Parallelgesellschaften aufzulösen, muss die Regierung die gesellschaftliche Kontrolle übernehmen.

„Der Versuch, eine Parallelgesellschaft zu schaffen – in der Soziologie bezeichnen wir das als ‚Enklavisierung‘ – kann zu einer ‚Desintegration‘ führen, zu einer Auflösung des sozialen Zusammenhalts innerhalb einer Gruppe. Zumindest entstehen aber Probleme bei der Integration dieser Menschen.“

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Eine Parallelgesellschaft definiert sich für mich als Ergebnis einer ganz bewussten Anstrengung, eine eigenständige Gesellschaft zu schaffen, die unabhängig und vor allem abge-sondert von der Mehrheitsgesellschaft funktioniert. Innerhalb jener Gesellschaft, in der man lebt, entstehen parallele soziale Infrastruktureinrichtungen wie eigene Krankenhäuser oder Schulen, die wenig mit der Mehrheitsgesellschaft gemeinsam haben.

Wo liegen die Probleme bzw. Gefahren von Parallelgesellschaften?

Der Versuch, eine Parallelgesellschaft zu schaffen – in der Soziologie bezeichnen wir das als „Enklavisierung“, kann zu einer „Desintegration“ führen, zu einer Auflösung des sozialen Zusammenhalts innerhalb einer Gruppe. Zumindest entstehen aber Probleme bei der Integration dieser Menschen. Wir neigen zudem dazu, die Mitglieder einer Parallelgesellschaft nicht mehr als Individuen wahrzunehmen, sondern nur noch als ein homogenes Kollektiv.

Welchen Zusammenhang kann es zwischen Parallelgesellschaften und Radikalisierung geben? Begünstigen Parallelgesellschaften Radikalisierungen?

Für eine Radikalisierung kann es viele Gründe geben, sie muss ihre Wurzeln nicht zwingend in der Entwicklung von Parallelgesellschaften haben. Aber natürlich kann radikales Gedankengut eine Folge dieser Enklavisierung sein.

Wie sehr darf bzw. soll sich die Regierung grundsätzlich in Gesellschaften einmischen, etwa bei Pflichten für frisch Zugewanderte?

Sowohl die Geschichte als auch die Forschung zeigen ganz klar, dass das Erlernen der Sprache entscheidend ist, um sich in eine neue Gesellschaft zu integrieren. Ohne Sprache können sich Migranten in einer Gesellschaft nicht zurechtfinden und haben beispielsweise auch Probleme, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Und – in Schweden zeigt sich das ganz deutlich – einen Job zu haben, ist der beste Weg, die Sprache zu erlernen.

„Für eine Radikalisierung kann es viele Gründe geben, sie muss ihre Wurzeln nicht zwingend in der Entwicklung von Parallelgesellschaften haben. Aber natürlich kann radikales Gedankengut eine Folge dieser Enklavisierung sein.“

Wie soll die Regierung mit bestehenden Parallelgesellschaften umgehen?

Die Regierung muss in Parallelgesellschaften die gesellschaftliche Kontrolle wieder übernehmen bzw. herstellen. Dazu ist es in erster Linie wichtig, dass wir wissen, wer wir sind. Es braucht eine gemeinsame Auffassung von gewissen Grundregeln. Dazu müssen wir unser Selbstbild einer kritischen Überprüfung unterziehen und uns auf jene Strukturen besinnen, die funktionierende Gesellschaften ausmachen, unabhängig von der kulturellen Herkunft bzw. von kulturellen Eigenschaften. Das ist in Europa schwieriger zu erreichen als in den USA, denn viele europäische Staaten basieren auf einer bestimmten Volkszugehörigkeit. Aber es kann funktionieren.

Und wie soll die Mehrheitsgesellschaft mit Parallelgesellschaften umgehen?

Parallelgesellschaften müssen aufgebrochen und aufgelöst werden, natürlich auf eine friedliche Art und Weise und mit denselben Methoden, wie ich sie eben bei der vorhergehenden Frage beschrieben habe.

Sie meinten vorhin, dass das funktionieren „kann“. Wie optimistisch sind Sie?

Leider eher pessimistisch. Wir haben es, zumindest in Schweden, sehr weit kommen lassen – aber je länger wir abwarten, desto schwieriger wird es, diese Entwicklungen rückgängig zu machen. Wir haben einen langen, steinigen Weg vor uns.

Weil Sie vorhin die USA erwähnt haben: Wie kommt es, dass amerikanische Großstädte stolz sind auf ihre Parallelgesellschaften, die sich „China Town“ oder „Little Italy“ nennen, und damit sogar werben? In Europa hingegen eine ganz andere Skepsis herrscht? Liegt es an den Communities in Europa? Liegt es am Islam?

Meiner Ansicht nach liegt es daran, dass die USA nicht auf einer bestimmten Volkszugehörigkeit basieren, sondern auf einer Idee. Ich selbst habe in den USA gelebt und aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass „Little Italy“ oder „China Town“ in absolut keinem Widerspruch zur Integration stehen. In den USA ist es egal, woher du kommst, es kommt nicht auf deine Ethnie an – auch wenn manche Menschen versuchen, hier einen Zusammenhang herzustellen. In Europa liegen die Gründe für die herrschende Skepsis hauptsächlich im Islam. Islamismus wird vielfach mit dem Islam in einen Topf geworfen und vermischt, man macht keine Unterschiede zwischen Islamisten und der überwiegenden Mehrheit der friedlichen Muslime.

Wie entstehen Parallelgesellschaften eigentlich? Welche soziologischen Faktoren spielen dabei eine Rolle?

Ich weiß nicht, ob ich für diese Frage der richtige Ansprechpartner bin, wahrscheinlich wäre ein Soziologe geeigneter, um sie zu beantworten. Ich kann nur festhalten, dass die Art und Weise, wie in Schweden und anderen EU-Staaten mit dieser Herausforderung umgegangen wurde, die Probleme nur noch verschlimmert hat. Man hat zugelassen, dass jene, die sich am meisten von der Mehrheitsgesellschaft abgeschottet haben, wie etwa Islamisten, „ihre“ Gruppen für sich in Anspruch genommen und definiert haben. Ich bin der Ansicht, die Verantwortlichen hätten sich hier besser an den USA orientiert und vorab bestimmte Grundregeln festgelegt, was in unserer Gesellschaft geht und was nicht.

Welche historischen Beispiele für Parallelgesellschaften gibt es? Was kann man aus früheren Entwicklungen in diesem Bereich lernen und für aktuelle Migrationsbewegungen nutzen?

Die österreichisch-ungarische Monarchie, um ein Beispiel aus Europa zu nennen. Monarchien im Allgemeinen hatten immer wieder mit Parallelgesellschaften zu kämpfen. Um eine Gesellschaft überlebensfähig zu halten und zu verhindern, dass sie auseinanderbricht, ist ein Faktor entscheidend: Wir müssen Vertrauen schaffen und wissen, wer wir sind. Das macht es einerseits für eine Gesellschaft einfacher, Flüchtlinge und Migranten aufzunehmen, andererseits hilft es diesen dabei, sich anzupassen und zu integrieren. Eine Sache dürfen wir jedoch auf keinen Fall tun: bei der festen Überzeugung bleiben, dass es so etwas wie eine abgrenzbare, genau definierbare Kultur überhaupt gibt.

Trauen Sie sich, eine Prognose in diesem Bereich zu stellen? Wie werden sich Parallelgesellschaften künftig entwickeln, welche denkbaren Szenarien gibt es?

Wenn wir es nicht schaffen, die zerstörerischen Tendenzen, von denen ich bereits gesprochen habe, zu stoppen und ihre Entwicklungen so gut wie möglich rückgängig zu machen, sind die Aussichten – wie schon erwähnt – nicht besonders positiv.

„Die Regierung muss in Parallelgesellschaften die gesellschaftliche Kontrolle wieder übernehmen bzw. herstellen. Dazu ist es in erster Linie wichtig, dass wir wissen, wer wir sind. Es braucht eine gemeinsame Auffassung von gewissen Grundregeln.“

Magnus Norell

ist Senior Fellow an der European Foundation for Democracy. Seine Schwerpunkte umfassen Terrorismus, politische Gewalt, Demokratie und Sicherheit im Nahen Osten sowie in Zentralasien. Zuvor war er Researcher an der Swedish Defence Research Agency, dem Swedish Secret Service und dem Swedish Military Intelligence Service. In einem 2017 veröffentlichten Bericht für das schwedische Amt für Zivilschutz und Krisenbewältigung kam er zum Schluss, dass diverse muslimische Organisationen in Schweden, die Verbindungen zu den Muslimbrüdern hätten, versuchten, eine Parallelgesellschaft aufzubauen.

Rudolf Bretschneider

und Esther Pauli



Das Bewusstsein, einer Gruppe zuzugehören, ein Wir-Gefühl gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft zu haben und zu entwickeln, zeichnet laut Rudolf Bretschneider die verschiedenen Formen von Parallelgesellschaften aus. Dabei ist es nach Esther Pauli auch wichtig, die Vielgestaltigkeit der Minderheitsgruppen zu beachten. Denn diese unterscheiden sich in ihren Ursprüngen, ihrer Größe, Festigkeit und Haltung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Ob Parallelgesellschaften zu Gefahrenquellen werden hängt insbesondere vom Charakter der Parallelstruktur ab. So sind in den letzten Jahren vor allem religiös geprägte Parallelgesellschaften auffällig geworden.

Wie genau definieren Sie Parallelgesellschaften?

Bretschneider: Zunächst ist dieses Phänomen – wie so oft – älter als der Begriff. Das Wesen einer Parallelgesellschaft durch Definition auf den Punkt bringen zu wollen, ist müßig. Hilfreicher für ein gemeinsames Verständnis ist die Untersuchung des Sprachgebrauchs – und eine Liste von Beispielen, die auf die Vielfalt verweist, die sich hinter dem Begriff „Parallelgesellschaft“ verbirgt. Klar sollte sein, dass damit nicht einfach das Nebeneinander von Lebensstilgruppen umschrieben wird. Diese „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, das Nebeneinander von Trägern szientistischer, religiöser, säkularer oder postmoderner Weltbilder macht noch keine Sub- oder Nebengesellschaften aus. Das Bewusstsein, einer Gruppe zuzugehören, ein Wir-Gefühl gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft zu haben und zu entwickeln, zeichnet die verschiedenen Formen von Parallelgesellschaften aus. Eine umfassende Charakteristik von Parallelgesellschaften findet sich etwa bei Václav Benda. Sein Essay „The parallel polis“ wurde 1978 geschrieben und zirkulierte im Samizdat in der Tschechoslowakei. Er hat zwar eine säkulare, moderne Variante vor Augen, die sich in einem autoritären politischen System entwickelt hat, aber die Merkmale und Zielsetzungen, die er anführt, gelten auch für religiöse oder ethnisch konstituierte Varianten.

„Anfällig für Radikalisierung sind aus sozialpsychologischer Sicht vor allem Personen, die sich bewusst für eine Gemeinschaft entschieden haben – also nicht in sie und ihre Traditionen hineingeboren wurden.“

Seine Parallelgesellschaft hatte eine starke kulturelle Komponente.

Bretschneider: Ja, die Liebe zum Jazz als politisches Symbol, „alternatives Theater“ und inoffizielle Publikationen, eine eigene Erziehung für Kinder und Erwachsene, parallele Informationsdienste, ja sogar eine eigene „Außenpolitik“ und eigene Kooperationsnetze mit ähnlichen Bewegungen im damaligen Ostblock. Kein Wunder, dass diese Initiativen den kommunistischen Machthabern missfielen und von manchen politischen Gruppen jenseits des Eisernen Vorhangs mit Wohlgefallen betrachtet wurden.

Pauli: Wichtig für die weiteren Überlegungen ist es, die Vielgestaltigkeit von Minderheitsgruppen zu beachten, die in einer ihrerseits spezifischen Mehrheitsgesellschaft leben. Verschieden sind Ursprünge, Entwicklung, Ziele, Größe, Funktionen, Festigkeit und Haltung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.

„Der Islam bildet spezifische Parallelgesellschaften aus, wenn er in anderen Gesellschaften, in denen die meisten Menschen eben nicht muslimisch sind, Fuß fassen will. Eine Trennung von Staat und Religion ist in der islamischen Geschichte zwar nicht unbekannt, aber eher die Ausnahme.“

Welche Irrtümer bzw. Missverständnisse gibt es rund um Parallelgesellschaften?

Bretschneider: Man kann sagen, dass es nicht so sehr Irrtümer sind, die in Bezug auf Parallelgesellschaften herrschen, sondern eben ein Übersehen ihrer „Artenvielfalt“. Da gab und gibt es zunächst solche, die man als säkulare, jedenfalls nicht explizit religiöse Nebengesellschaften verstehen kann. Dazu zählen etwa die – zahlenmäßig zunächst meist schwachen – Dissidentenbewegungen im früheren Osten, auch manche Geheimbünde, die ihre geheime Vereinigung nicht als politisch, sondern als moralisch verstanden, darunter auch solche, die sich durch ihren Ehrenkodex von den staatlichen Gesetzen entfernen. Sie definieren in unterschiedlicher Weise für sich eine Freiheit vom existierenden Staat, in dem sie leben. Wie das in gewisser Weise auch die Amish tun, die eine religiöse Gründungsgeschichte haben, aber sich in vielen weltlichen Praktiken unterscheiden und in eigenen Communities leben. Parallelgesellschaften ethnischer Provenienz bilden sich natürlich auch durch massenhafte Migration. Iren, Italiener, Hispanics, Chinesen, Deutsche, Österreicher, Tschechen, Juden, Perser – viele suchen in dem Land, in das sie migrierten, zunächst den Kontakt mit „Landsleuten“. Anhand dieser Vielfalt von unterschiedlich strikt organisierten Parallelgesellschaften lässt sich auch die gelegentlich geäußerte Hypothese widerlegen, der zufolge sie zwangsläufig Radikalisierung bewirken.

Aber begünstigen Parallelgesellschaften Radikalisierung?

Bretschneider: Anfällig für Radikalisierung sind aus sozialpsychologischer Sicht vor allem Personen, die sich bewusst für eine Gemeinschaft entschieden haben – also nicht in sie und ihre Traditionen hineingeboren wurden. Jene, die eine neue Identität gewählt haben – zum Beispiel auch Konvertiten –, müssen vor sich und den Gruppen, die sie verlassen haben, ihre Entscheidung verteidigen. Und Unsicherheit, die nach fast jeder Entscheidung besteht, durch besondere Loyalität zur neuen Gruppe abbauen. Dieser psychische Mechanismus begünstigt Radikalisierung.

Wie entstehen Parallelgesellschaften eigentlich? Welche soziologischen Faktoren spielen dabei eine Rolle?

Pauli: Bis zu einem gewissen Grad ist das Entstehen von Parallelgesellschaften im Zeitalter von Migration und Globalisierung ein vollkommen natürlicher und zu erwartender Prozess, der sich ja nicht einmal auf die tatsächliche soziale Realität beziehen muss, sondern sich durchaus auch im virtuellen Raum abspielen kann. Gerade für neu Zugezogene sind entsprechende Strukturen, die aus einem vertrauten kulturellen Hintergrund kommen, sogar eine große Hilfe, wenn es um die Orientierung und die ersten Schritte im Aufnahmeland geht. Ein derartiges soziales Netzwerk hat

eine wichtige psychische Stützfunktion. In diesem Sinne sind Parallelgesellschaften, sofern sie eine Zugehörigkeitsoption neben anderen darstellen, als positiv zu betrachten, da sie die erhöhte Vulnerabilität bei Migranten verringern und den Menschen auch dabei helfen können, einen ersten Überblick über die Situation in der Mehrheitsgesellschaft und dem Aufnahmeland zu gewinnen. Das Vorhandensein derartiger Netzwerke kann die psychischen, aber auch materiellen Migrationskosten verringern – ein Phänomen, das etwa in den Kettenmigrationsbewegungen der Gastarbeiterzeit eine Rolle spielte. Wie weit diese sozialen Netzwerke im Aufnahmeland zu ausgeprägten Parallelgesellschaften werden, hängt in erster Linie von ihrer Größe ab.

Weil ab einer gewissen Größe der Anreiz zur Integration geringer wird, da sie für ein funktionierendes Leben schlichtweg nicht mehr notwendig ist?

Pauli: Genau. Umso mehr, als ab einer gewissen Gruppengröße auch die Systemintegration in die Mehrheitsgesellschaft an Bedeutung abnimmt, Stichwort ethnische Arbeitsmärkte. Entsprechend beschreibt Collier, wie die Gruppengröße und die Quantität des Zuzugs aus derselben Herkunftsregion den Prozess der Absorption der Migranten in die Mehrheitsgesellschaft verlangsamen. Unter anderem auch deshalb, weil es durch die vorhandenen Parallelstrukturen nur noch selten zur Wahl von Aufnahmekontext-Optionen – wie Esser die Aneignung von aufnahmekontextspezifischem Kapital nennt – kommt. Dies hat allerdings nicht nur zur Konsequenz, dass sich Parallelstrukturen bilden, sondern auch, dass diese von der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen werden. Je nach Grad der sozialen Distanz zur Mehrheitsgesellschaft und nach der Art, wie sich das Verhältnis zwischen den Parallelgesellschaften gestaltet, können diese in der Folge von der Mehrheit als bedrohlich oder gar antagonistisch zu den eigenen Standards wahrgenommen und empfunden werden. Neben objektivierbaren Faktoren, die sich entscheidend auf das Entstehen und die Verfestigung von Parallelgesellschaften auswirken können, sind es die erwähnten kulturellen Distanzen, die eine wesentliche Rolle in der Integrationsfrage und so auch in der Frage nach der Auflösung der gesellschaftlichen Grenzen spielen. Esser unterscheidet zwischen kulturellem und sozialem Kapital, das dem Herkunftskontext entspricht, und einem Kapital, das dem Aufnahmekontext entspricht. Bei großen kulturellen Distanzen zwischen dem Herkunftsland der Migranten und der Aufnahmegesellschaft müssen sich diese Kapitaloptionen nicht entsprechen oder überlagern – im Gegenteil, sie können sogar recht konträr ausfallen. Ein anschauliches Beispiel könnte in diesem Fall die Sprache sein, ein etwas abstrakteres, das Wertehaltungen betrifft, die Gleichstellung von Männern und Frauen in muslimischen und westlichen Ländern. Nun kann zum einen der Fall eintreten, dass Migranten gar keinen Anreiz sehen, sich gegen

die bekannten Verhaltensweisen zu entscheiden, zum anderen könnte der Fall denkbar sein, dass Migranten gar nicht wissen, was von ihnen an Werte- und Optionenübernahme – anders gesagt: an Integrationsleistung – erwartet wird. Hier kann die Parallelgesellschaft eine stützende Funktion erfüllen, sodass sie der Mehrheitsgesellschaft aufgeschlossen gegenübersteht. Um aber dem Entstehen von möglichen Gegenstrukturen entgegenzuwirken, muss für alle Gruppen transparent sein, was von ihnen erwartet wird.

Wo liegen die generellen Probleme bzw. Gefahren von Parallelgesellschaften?

Bretschneider: Ob Parallelgesellschaften zu potenziellen Gefahrenquellen werden, hängt stark vom Charakter der Parallelstrukturen ab. Auffälliger sind in den letzten Jahren religiös geprägte Parallelgesellschaften geworden. Auffällig vor allem dort, wo man Religion nicht mehr als eine politische Größe betrachtet hat, sondern einer Säkularisierungsthese anhing. Der religiöse Glutkern ist in Wahrheit nie erloschen. Darauf hat der österreichische Philosoph Rudolf Burger schon 2004 verwiesen. Und der eminente Religionssoziologe Peter L. Berger hat die, früher auch von ihm vertretene, Säkularisierungsthese schon lange verworfen und auf die bedeutende Rolle der Religion gerade auch in pluralistischen Gesellschaften hingewiesen. Als Beispiel für die prägende Rolle, die Religion auch unter modernen Bedingungen spielen kann, führt er die „Pfungstler“ bzw. die „Evangelikalen“ an. Er zeigt auch, dass Gruppen mit einem mehr oder weniger starken Hang zum Fundamentalismus auf die Entwicklung einer Subkultur abzielen. Und folgerichtig auf Abschluss und Kommunikationskontrolle – die in modernen Gesellschaften schwer zu verwirklichen sind und daher die Entwicklung totalitärer Maßnahmen begünstigen.

„Eine für die Akzeptanz entscheidende Charakteristik von Parallelgesellschaften ist das Vorhandensein oder eben Nichtvorhandensein eines Expansionsdrangs bzw. einer aggressiven Grundhaltung. Wird ein solcher von der Mehrheitsgesellschaft oder Teilen derselben wahrgenommen, kommt es leicht zu Konflikten.“

Bleiben wir kurz beim Islam.

Bretschneider: Der Islam bildet spezifische Parallelgesellschaften aus, wenn er in anderen Gesellschaften, in denen die meisten Menschen eben nicht muslimisch sind, Fuß fassen will. Eine Trennung von Staat und Religion ist in der islamischen Geschichte zwar nicht unbekannt, aber eher die Ausnahme. Man ist als gläubiger Muslim nicht leicht in der Lage, in einer nicht muslimischen Mehrheitsgesellschaft zu leben, in der viele Lebensbereiche nicht von einem allumfassenden Gesetz geregelt werden. Die Suche nach einem „wahren Islam“ jenseits traditioneller ethnisch geprägter Traditionen wird bei jenen begünstigt, die auf der Suche nach einer festen Identität sind. Also vielfach bei jungen Menschen. Zum Anschluss an eine Parallelgesellschaft trägt aber nicht nur eine Abwehr der neuen Gesetze, die mit den eigenen Traditionen im Widerspruch stehen, bei. Es kann auch das Gefühl, abgelehnt bzw. bekämpft zu werden, eine Rolle spielen. Eine für die Akzeptanz entscheidende Charakteristik von Parallelgesellschaften ist das Vorhandensein oder eben Nichtvorhandensein eines Expansionsdrangs bzw. einer aggressiven Grundhaltung. Wird ein solcher von der Mehrheitsgesellschaft oder Teilen derselben wahrgenommen, kommt es leicht zu Konflikten. Vor allem, wenn die Thematik politisch genutzt und medial verstärkt wird.

Weil man sich bedroht fühlt?

Bretschneider: Starke Ressentiments gegenüber „den anderen“, als die man Vertreter einer Parallelgesellschaft oft sieht, entstehen aus einem Bedrohungsgefühl – das seinerseits diverse Ursachen haben kann. Das Bedrohungsgefühl kann durch das rasche Wachstum der Subkultur entstehen, es kann aber auch aus einer Art „Kulturangst“ kommen. Oder aus gefühltem Kontrollverlust, bis hin zur Furcht, die bisherigen politischen Spielregeln könnten in einem neuen System untergehen. Muslimische Parallelgesellschaften sind nicht nur wegen ihres Wachstums, das in vielen europäischen Ländern zu beobachten ist, Spezialfälle. Es spielt auch eine Rolle, dass sich innerhalb dieser oft engen Communities mit ihrem eigenen Ehrenkodex oder Gesetzesverständnis Subgruppen herausbilden, die sich – aus unterschiedlichen Gründen – radikalieren, aber mit der Gesellschaft, aus der sie kommen, auch dann in Verbindung gebracht werden, wenn sie sich von ihr aggressiv losgesagt haben. Parallelgesellschaften können also unterschiedliche Rollen spielen. Je nach Standpunkt des Betrachters können es konstruktive oder destruktive Rollen sein: die des Störenfrieds, des Sündenbocks, des Opfers, der produktiven Unruhe, des unheimlichen Fremdlings, des gefürchteten Feindes. Sie sind für die einen Heimat in der Fremde, soziale Stütze und identitätsstiftendes Element, für die anderen politischer Reibebaum oder willkommenes Exempel für die eigene Positionierung.

Wie soll die Regierung mit Parallelgesellschaften umgehen?

Pauli: Generell ist das natürlich eine Frage, die sehr stark vom Charakter der Parallelgesellschaft abhängt, der sehr vielfältig sein kann. Ähnlich den theoretischen Ansätzen des Multikulturalismus muss von offizieller Seite wohl nicht in Strukturen eingegriffen werden, die im wahrsten Sinne des Wortes nur parallel zur Mehrheit existieren, sich dieser aber nicht verschließen. Am Beispiel von Amsterdam lässt sich jedoch verdeutlichen, dass eine allzu große Toleranz nicht nur zu unerwarteten und unerwünschten Folgen führen kann, sondern auch zu einem gewaltigen Backlash, also einem Rückschlag. Während die Stadt lange für ihre gelebte Multikulturalität bekannt war, schloss sich Amsterdam 2009 einem generellen Burkaverbot an – an die Stelle der radikalen Offenheit trat also überraschende Restriktivität.

Bretschneider: Ein gegenteiliges Beispiel ist die Akzeptanz der Scharia in bestimmten Zonen Londons. Hier wird also Recht, das jenem Großbritanniens zuwiderläuft, akzeptiert. Im Großen und Ganzen ist die entscheidende Frage, wie stark eine Nation zu ihren eigenen Werten und Normen steht, die das Ausmaß des Eingreifens in Parallelgesellschaften und den Grad, wie stark gefährdet diese Werte und Normen durch Parallelstrukturen eingestuft werden, mitbestimmt. Natürlich können und sollen nicht alle Bereiche kultureller Communities kontrolliert und staatlich reguliert werden, doch das Fehlen von Vorgaben darf nicht mit Toleranz und kultureller Offenheit gleichgesetzt werden. Das Beispiel der Gastarbeiter in Österreich zeigt allzu deutlich, dass seinerzeit fehlende Angebote wie Sprachkurse, Weiterbildung, Qualifizierung etc. das Entstehen von Parallelstrukturen fördern und eben nicht zur Integration beitragen.

„Im Großen und Ganzen ist die entscheidende Frage, wie stark eine Nation zu ihren eigenen Werten und Normen steht, die das Ausmaß des Eingreifens in Parallelgesellschaften und den Grad, wie stark gefährdet diese Werte und Normen durch Parallelstrukturen eingestuft werden, mitbestimmt.“

Um konkret zu werden: Wie sehr darf bzw. soll sich die Regierung in Gesellschaften einmischen, etwa bei Pflichten für frisch Zugewanderte?

Bretschneider: Die unterschiedlichen Funktionen von Parallelgesellschaften bzw. Subkulturen verlangen von der Politik eine differenzierte Betrachtung. Außer Frage steht die Beibehaltung der Errungenschaft, Staat und Kirche oder Moschee zu trennen. Gleichzeitig muss der Staat mit religiösem Pluralismus sachlich und distanziert umgehen. Das Recht muss in säkularen Begriffen formuliert sein, die auf jegliche religiöse Begründungen verzichten. Und er muss darauf mit seinem Gewaltmonopol bestehen, dass diese Regeln eingehalten werden. Die Parallelgesellschaften müssen mit ihren Gesetzen und Regeln kompatibel mit dem staatlich geltenden Recht sein. Dazu kann sie der Staat zwingen. Nicht zwingen kann er sie zum gründlichen Erwerb der Landessprache oder zur Wertschätzung der lokalen oder nationalen Kultur – auch wenn dies im Interesse der Angehörigen einer Subkultur, etwa Migranten läge. „Nudging“-Techniken, also „Anstupsen“, sind das Einzige, was sich in einem liberalen Rechtsstaat noch gut rechtfertigen lässt.

„Das Beispiel der Gastarbeiter in Österreich zeigt allzu deutlich, dass seinerzeit fehlende Angebote wie Sprachkurse, Weiterbildung, Qualifizierung etc. das Entstehen von Parallelstrukturen fördern und eben nicht zur Integration beitragen.“

Kann man Parallelgesellschaften auch rückgängig machen?

Bretschneider: Schwer. Gehen wir von einem Fall aus, in dem Parallelstrukturen beginnen, sich in Gegenstrukturen zu verwandeln oder dies bereits getan haben. Denn in den anderen Fällen – also bezogen auf Parallelstrukturen, die für die Gesamtgesellschaft unproblematisch sind – wird man kaum Schritte ergreifen müssen, diese Strukturen rückgängig zu machen oder aufzubrechen. Im Fall von sehr verschlossenen Systemen, die für ihre Mitglieder oder die Gesamtgesellschaft Probleme verursachen, wird es nur sehr langfristig möglich sein, einen Weg aus diesen Gegenstrukturen zu finden – wenn überhaupt. Denn über die Parallelgesellschaft sucht die Gruppe eine aktive Abgrenzung zur Mehrheit.

Welche historischen Beispiele für Parallelgesellschaften gibt es? Was kann man aus früheren Entwicklungen in diesem Bereich lernen und für aktuelle Migrationsbewegungen nutzen?

Pauli: Die Kulturgeschichte ist voll von Beispielen von Parallelgesellschaften. Entwicklung und Fortschritt wären ohne sie wohl nicht denkbar gewesen. Auch zwischen der christlichen und der muslimischen Welt gab es eine Zeit der gegenseitigen Anregung und des Austausches. Heute sind es in Europa besonders oft gerade die muslimischen Parallelgesellschaften, die uns beschäftigen und die – politische – Intervention mitunter notwendig machen. Im Falle Österreichs ist auf die historische Bedingtheit der türkischen Parallelgesellschaften zu verweisen, die sich aus der Gastarbeiteranwerbung und den damals fehlenden Integrationsmaßnahmen ergab. Daraus lässt sich lernen, dass es zum einen falsch ist, Systeme sich selbst zu überlassen – denn auch wenn sie nicht radikal werden, können diese Strukturen zu gesellschaftlichen Spannungen und systematischen Ungleichheiten führen.

Bretschneider: Zum anderen darf weder von zivilgesellschaftlicher Seite noch von politischer in ein Extrem verfallen werden: Weder hilft eine aggressive Ablehnung muslimischer Zuwanderer, aber auch das Schönfärben von Konfliktpotenzial ist höchst problematisch. In diesem Zusammenhang ist wahrscheinlich die wichtigste Lehre aus der Gastarbeiterbewegung, dass Zuwanderung nicht gleich Zuwanderung ist. Kulturelle Distanzen sollten beachtet und bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen berücksichtigt werden, auch um den Migranten Orientierung zu geben. Über Unterschiede in den Kulturen hinwegzusehen, um nicht den Verdacht der politischen „uncorrectness“ auf sich zu ziehen, wäre weder gegenüber den Zuwanderern noch gegenüber der Mehrheitskultur fair.

Trauen Sie sich, eine Prognose in diesem Bereich zu stellen? Wie werden sich Parallelgesellschaften künftig entwickeln, welche denkbaren Szenarien bzw. Dystopien gibt es?

Bretschneider: Zunächst einige Dinge, die nicht zu erwarten sind: Die technisch-wissenschaftliche Entwicklung wird Parallelgesellschaften nicht schwächen. Modernisierung führt nicht zur Ausbreitung eines bestimmten Lebensstils, der die gesamte Kultur einer Parallelgesellschaft umfasst. Verfügbare neue Kommunikationsmittel können die Entwicklung und Stabilisierung von Parallelgesellschaften sogar begünstigen – durch „Echo-Effekte“ in der Kommunikation und steigende Kontaktintensität bzw. -frequenz. Parallelgesellschaften werden sich nicht gleichmäßig über das ganze Land bzw. europäische Länder ausbreiten. Man wird sie eher im großstädtischen Raum sehen, und zwar in jenen Staaten, die schon einschlägige Populationen haben, die gleiche Gruppen – religiös oder ethnisch etc. – anziehen. Das wird vor allem dort der Fall sein, wo Integration nur langsam oder schlecht erfolgt und die Absorptionsrate der zugewanderten Bevölkerung gering ist – und damit „Nachzug“ begünstigt. Es wird nicht zu einer höheren Homogenität der Landesbevölkerung kommen – obwohl in einigen Ländern, auch von Politikern, davon geträumt wird. Homogene Gesellschaften sind bestenfalls auf Inseln vorstellbar. Oder in totalitären Staaten – bei hohen Kosten. Pluralität ist ein unaufhebbares Merkmal der Moderne – und der Postmoderne. Sie ist anstrengend, weil ihre Wahrnehmung vor Augen führt, dass der eigene Lebensstil, Glaube, Standpunkt eben nicht selbstverständlich ist. Zwischen extremem Relativismus und veränderungsresistentem Fundamentalismus muss man eine Haltung entwickeln. Die politische Versuchung wird groß sein, die neue Bevölkerung, die sich in Parallelgesellschaften entwickelt, als Wähler zu gewinnen. Das ist zum einen eine Strategie, um neue politische Parteien ethnischer oder religiöser Provenienz zu verhindern. Kann aber auch zur Aufgabe politischer Positionen verführen, wenn man im Hinblick auf die Angehörigen der Parallelgesellschaften populistisch agiert – durch Anpassung oder Versprechungen.

Rudolf Bretschneider

hat Psychologie studiert und ist seit mehr als 50 Jahren in der Sozial- und Marktforschung tätig. 37 Jahre lang (bis 2008) hat er die GfK Austria geleitet und ist seither Konsulent. Darüber hinaus ist er seit 1970 Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien und seit 1994 Beiratsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Zudem ist er Vorstandsmitglied des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

Esther Pauli

konnte erste praktische Erfahrungen mit den Themen Migration und Integration in der Offenen Jugendarbeit in Wien sammeln. Sie forschte zu ethnischen Stereotypen in der österreichischen Migrationsgesellschaft.



01 / 2017

Heinz Faßmann
Saïda Keller-Messahli
Carla Amina Baghajati
Zekirija Sejdini
Karin Kneissl
Ahmad Mansour



04 / 2017

Jörg Baberowski
Franz Lang
Melike Yolsal
Peter Hajek
Reinhard Kreissl
Friedrich Kovar



02 / 2017

Mouhanad Khorchide
Ednan Aslan
Lamyia Kaddor
Evrin Ersan-Akkilic
Karin Kneissl
Zekirija Sejdini
Abdel-Hakim Ourghi
Jasmin El Sonbati



05 / 2017

Emina Saric
Jasmin El-Sonbati
Karin Kneissl
Naila Chikhi
Waris Dirie
Sibel Öksüz
Elisabeth Tichy-Fisslberger



03 / 2017

Kenan Güngör
Berivan Aslan
Bırol Kiliç
Efgani Dönmez
Cengiz Günay
Nalan Gündüz



06 / 2017

Elham Manea
Ruud Koopmans
David Engels
Boualem Sansal
Gunnar Heinsohn
Necla Kelek
Magnus Norell
Rudolf Bretschneider
und Esther Pauli

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und Migrant/innen, A-1030 Wien, Schlachthausgasse 30, T +43 (0)1/7101203, mail@integrationsfonds.at; Verlagsort/Herstellungsort: Wien; Bildnachweise: Felicitas Matern (S. 5), Elham Manea (S. 6), David Ausserhofer (S. 12), Matthias Jung (S. 18), FRANCOIS GUILLOT / AFP / picturedesk.com (S. 26), Marcelo Hernandez (S.32), Holde Schneider / Visum / picturedesk.com (S.40), Magnus Norell (S.44), Stanislav Jenis (S.48)

Die Publikationsreihe „Perspektiven Integration“ präsentiert Einschätzungen von anerkannten Expert/innen, um eine fundierte Debatte über aktuelle Themen im Bereich Integration zu fördern. In der vorliegenden Ausgabe setzen sich neun Expert/innen mit dem Thema „Parallelgesellschaften – Segregation und desintegrative Milieus“ auseinander.

**Im Gespräch mit Köksal Baltaci
(„Die Presse“)**

Elham Manea ist eine schweizerisch-jemenitische Politologin. Sie gehört zu den gefragtesten Expertinnen zum islamischen Fundamentalismus. Für ihr Buch „Women and Sharia Law“, das 2016 veröffentlicht wurde, untersuchte sie vier Jahre lang die britischen Scharia-Räte und ihre Auswirkungen in den muslimischen Gemeinden Englands. Derzeit lehrt sie vor allem an der Universität Zürich und berät internationale Organisationen sowie Regierungen.

Ruud Koopmans ist einer der bekanntesten Migrationsforscher Europas. Seit 2007 ist er Direktor der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Zudem war er bis 2010 als Professor für Soziologie an der Freien Universität Amsterdam (VU) tätig. Seit 2013 ist er Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Gerade ist im LIT-Verlag sein neues Buch mit dem Titel „Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration“ erschienen.

David Engels ist Professor für Römische Geschichte an der Freien Universität Brüssel (ULB). Er studierte Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft an der RWTH Aachen. In seinem viel diskutierten Buch „Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik“ (Berlin 2014) beschrieb er, worin er Parallelen zwischen der europäischen Zeitgeschichte und dem 1. Jh. v. Chr. sieht.

Boualem Sansal ist einer der bekanntesten französischsprachigen Schriftsteller und ein anerkannter Religionskritiker. Er ist promovierter Volkswirt und arbeitete zuvor im algerischen Wirtschaftsministerium. Nach Veröffentlichung seines ersten Romans „Der Schwur der Barbaren“, für den er mit dem „Prix du Premier Roman“ ausgezeichnet wurde, wurde er als Direktor im algerischen Industrieministerium entlassen. 2011 wurde Sansal mit dem „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ ausgezeichnet. 2015 erschien seine viel diskutierte Dystopie „2084“. Für diesen Roman erhielt er den renommierten französischen Literaturpreis „Grand Prix du Roman“. Derzeit lebt er in Algerien.

Gunnar Heinsohn ist einer der bekanntesten deutschen Wirtschaftswissenschaftler und emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen. Derzeit lehrt er Militärdemografie am NATO Defense College in Rom und Eigentumsökonomie am Management-Zentrum St. Gallen. 2003 veröffentlichte er sein Buch „Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen“.

Necla Kelek ist Sozialwissenschaftlerin sowie Publizistin und eine der prominentesten islamischen Stimmen in Deutschland. Sie hat sich als Menschenrechtlerin und Kritikerin des autoritären Frauenbilds im traditionellen Islam einen Namen gemacht. Kelek wurde in Istanbul geboren und lebt in Berlin. Sie hat Volkswirtschaftslehre und Soziologie studiert. Ihre Bücher „Die fremde Braut“, „Die verlorenen Söhne“, „Bittersüße Heimat“ und „Himmelsreise“ haben die Debatte um Integration und den Islam in Deutschland nachhaltig geprägt. Sie wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, u. a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis 2005, dem Hildegard-von-Bingen-Preis 2009 und zuletzt dem Freiheitspreis 2011.

Magnus Norell ist Senior Fellow an der European Foundation for Democracy. Seine Schwerpunkte umfassen Terrorismus, politische Gewalt, Demokratie und Sicherheit im Nahen Osten sowie in Zentralasien. Zuvor war er Researcher an der Swedish Defence Research Agency, dem Swedish Secret Service und dem Swedish Military Intelligence Service. In einem 2017 veröffentlichten Bericht für das schwedische Amt für Zivilschutz und Krisenbewältigung kam er zum Schluss, dass diverse muslimische Organisationen in Schweden, die Verbindungen zu den Muslimbrüdern hätten, versuchten eine Parallelgesellschaft aufzubauen.

Rudolf Bretschneider hat Psychologie studiert und ist seit mehr als 50 Jahren in der Sozial- und Marktforschung tätig. 37 Jahre lang (bis 2008) hat er die GfK Austria geleitet und ist seither Konsulent. Darüber hinaus ist er seit 1970 Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien und seit 1994 Beiratsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Zudem ist er Vorstandsmitglied des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

Esther Pauli konnte erste praktische Erfahrungen mit den Themen Migration und Integration in der Offenen Jugendarbeit in Wien sammeln. Sie forschte zu ethnischen Stereotypen in der österreichischen Migrationsgesellschaft.